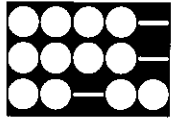


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

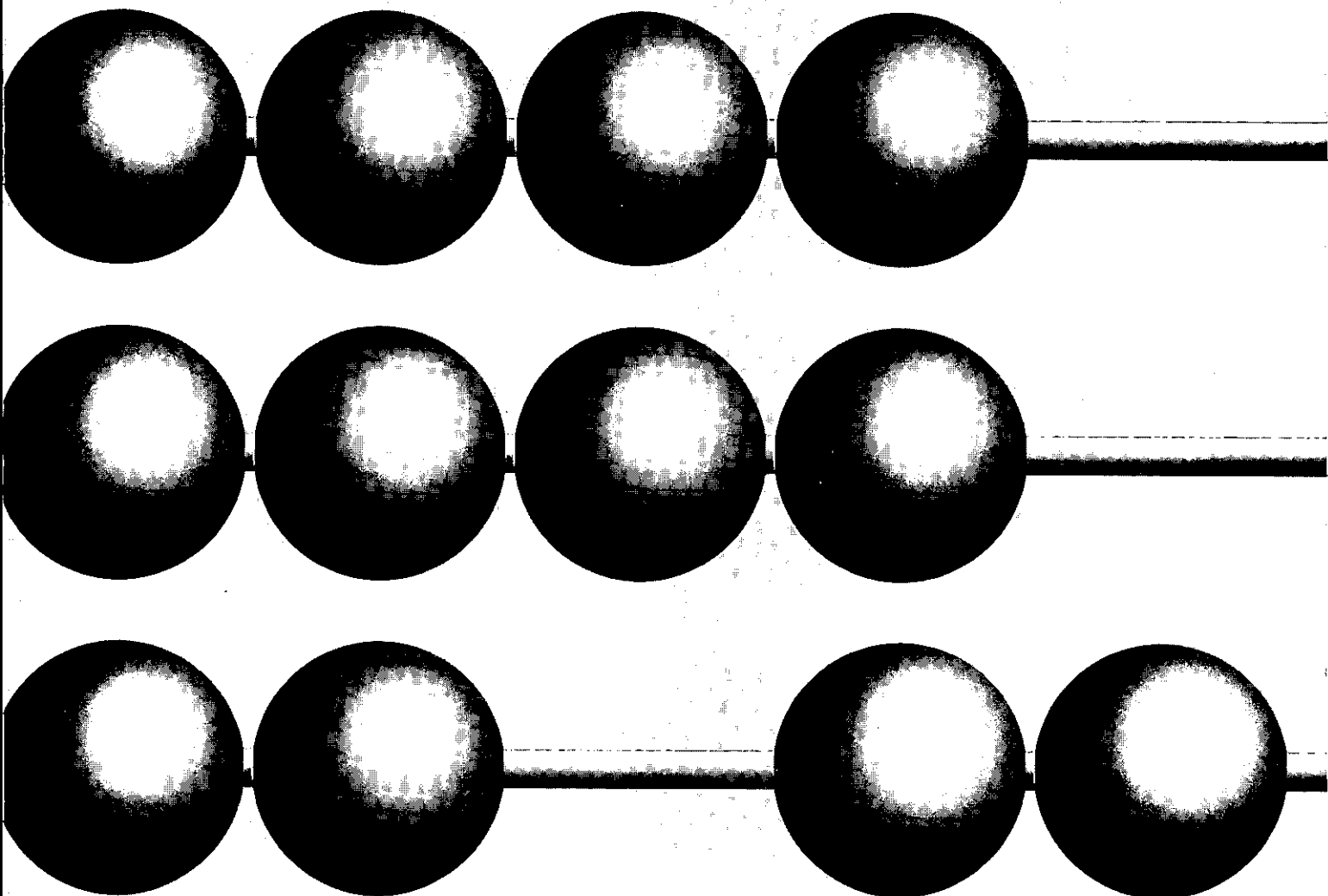


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



51. Jahrgang, Heft 2, Februar 1999

Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 11 41
24100 Kiel

Telefon (04 31) 68 95-0
Telefax (04 31) 68 95-4 98
E-Mail: statistik-sh@t-online.de
Internet: www.statistik-sh.de

Schriftleitung:
Fritz Wormeck
App. 2 46

Vertrieb:
App. 2 80

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel
Erste Kieler Druckerei
mit Umwelt-Zertifikat

Emissionsarm gedruckt
auf chlorfrei gebleichtem
Papier

Erscheinungsfolge
monatlich

Auflage 550

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947 - 7373

Inhalt • Kurz gefaßt 30

Bevölkerungswachstum, Wirtschaftswachstum, Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Erntee-
ergebnisse, Schweineschlachtungen, Dienstleistungen, Fremdenverkehr, Verdienste, Straßenver-
kehrsunfälle, Grundstückswerte, Wohnungen, Internet

• **Aufsatz**

**Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung
im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein (1. Teil)** 34

Die Kosten- und Leistungsrechnung ist ein wichtiges Steuerungsinstrument in der öffentlichen
Verwaltung. Vor dem Hintergrund dieses haushaltspolitischen Postulats beschreibt der Autor im
Teil 1 seines Aufsatzes die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im Statistischen
Landesamt als einen Pilotbereich der Landesverwaltung Schleswig-Holsteins. Für die Entwicklung
und den Betrieb der Kosten- und Leistungsrechnung sind verschiedene Arbeits- und Projekt-
gruppen gebildet worden, in denen die Rahmenbedingungen einschließlich der Auswahl der Hard-
und Software erarbeitet, aber auch Detailprobleme gelöst wurden. Die Funktionsfähigkeit einer
Kosten- und Leistungsrechnung setzt u. a. Transparenz über Kostenarten, Kostenstellen und Ko-
stenträger voraus, Begriffe, die vom Autor ausführlich erläutert werden. Daneben erfährt der Leser,
wie im Statistischen Landesamt anhand von Zeitschreibungen durch die Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter diese Kostentransparenz konkret erreicht wird und wie sich die vertrauensvolle
Zusammenarbeit zwischen Belegschaft und der Stabstelle „Kosten- und Leistungsrechnung“ ge-
staltet.

• **Entwicklung im Bild** 51

• **Beilage**

Zahlenbeilage

Bevölkerungswachstum schwächt sich ab

In den ersten drei Quartalen 1998 nahm die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins weiter zu, und zwar um 8 169 (0,3 %) auf 2 764 642 Personen am 30. September 1998. Gegenüber den ersten drei Quartalen des Vorjahres fiel die Zunahme jedoch um 4 775 (- 37 %) Personen geringer aus.

Der Bevölkerungszuwachs ergab sich aus einem Wanderungsgewinn von 9 374 Personen, dem ein Gestorbenenüberschuß von 1 205 Einwohnern gegenüber stand. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres zogen dagegen 13 190 mehr Personen ins Land als fortzogen, und der Überschuß der Gestorbenen betrug lediglich 246 Einwohner.

Gegenüber dem 30. September 1997 erhöhte sich die Bevölkerungszahl um 9 405 (0,3 %) Personen.

Schleswig-Holsteins Wirtschaftswachstum 1998 unter dem westdeutschen Durchschnitt

Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins, die Summe der hierzulande erzeugten Güter und Dienste, betrug 1998 rund 117 Milliarden DM. Es ist gegenüber 1997 nominal um 2,4 % und real, d. h. in Preisen von 1991 gemessen, um 1,3 % gestiegen. Dies ergab eine noch vorläufige Rechnung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

Mit diesem Ergebnis liegt Schleswig-Holstein deutlich unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer, deren Bruttoinlandsprodukt zusammen nominal um 4,0 % und real um 2,9 % stieg. Das Inlandsprodukt in Ostdeutschland ist nominal um 1,9 % und real um 2,1 % gewachsen, also insbesondere nominal deutlich schwächer als in Westdeutschland. Das Bruttoinlandsprodukt für Deutschland insgesamt hat real um 2,8 % zugelegt, also kräftiger als in Schleswig-Holstein.

Der Wachstumsabstand Schleswig-Holsteins zum westdeutschen Durchschnitt beruht darauf, daß einige der besonders konjunktur reagiblen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes wie etwa der Automobil- oder der Flugzeugbau oder die Stahlproduktion hierzulande nur mäßig vertreten sind. Das Verarbeitende Gewerbe in Schleswig-Holstein steigerte seinen Umsatz Januar bis November 1998 zwar um 0,8 %, blieb damit aber deutlich unter dem Wert für Westdeutschland (2,9 %). Hinzu kommt, daß die schleswig-holsteinische Energiewirtschaft sogar hohe Rückgänge in der Stromproduktion meldete (Januar bis November - 18 %). Lediglich das Bauhauptge-

werbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) schnitt im Lande nicht schlechter ab als in Westdeutschland insgesamt, blieb aber mit seinem baugewerblichen Umsatz von Januar bis November 1998 um 0,6 % und mit seinen geleisteten Arbeitsstunden um 6,0 % unter dem Vorjahreswert. Der schleswig-holsteinische Einzelhandel hat 1998 (Januar bis November) nominal 1,7 % mehr umgesetzt als 1997.

Trotz wirtschaftlichen Wachstums ist die Zahl der Arbeitsplätze erneut leicht gesunken. Im Jahresmittel 1998 waren in den schleswig-holsteinischen Arbeitsstätten 1 057 000 Menschen erwerbstätig, 0,6 % weniger als 1997. Im westdeutschen Durchschnitt nahm die Zahl der Arbeitsplätze geringfügig zu (0,1 %).

Mit den Zahlen über das Bruttoinlandsprodukt 1998 wird auch eine Aktualisierung der Werte der Vorjahre vorgelegt. Danach ist das reale Bruttoinlandsprodukt 1997 im Land (2,2 %) und in Westdeutschland (2,3 %) nahezu gleich stark gewachsen. 1996 hatte das Wirtschaftswachstum Schleswig-Holsteins (1,8 %) leicht über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer (1,1 %) gelegen, ebenso 1995 (Land 1,1 %, Westdeutschland 0,9 %). 1994 war das reale Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins (+ 1,8 %) langsamer gewachsen als in Westdeutschland (2,1 %). Allerdings sind auch diese Zahlen noch vorläufig.

Weiterhin Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe – Kräftiges Plus bei den Auftragseingängen

In den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein waren im Durchschnitt der ersten elf Monate des Jahres 1998 142 600 Personen beschäftigt. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren das 3 200 Beschäftigte oder 2,2 % weniger.

Die Auftragseingänge stiegen im gleichen Zeitraum dagegen um 6,6 %, wobei die entscheidenden Impulse mit einem Plus von gut 15 % aus dem Ausland kamen. Der Bestellwert der inländischen Aufträge erhöhte sich lediglich um 1,3 %.

Auf der Absatzseite kam es zu einem leichten Umsatzanstieg von 0,8 %, der sich aus einem minimalen Zuwachs der Inlandsumsätze von 0,1 % und einem Plus von 2,6 % bei den Auslandsumsätzen zusammensetzt. Damit kam es im bisherigen Verlauf des Jahres 1998 zu einer Stabilisierung der Exportquote auf dem 1997 erreichten Rekordniveau von knapp 30 %, das um rund drei Prozentpunkte unter dem für den gleichen Zeitraum für die Bundesrepublik errechneten Wert lag.

Beschäftigtenabbau im Bauhauptgewerbe hält an

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein waren am Ende des Monats Dezember 1998 36 744 Personen beschäftigt, 3,2 % weniger als Ende November. Damit hat sich die seit dem September 1998 zu beobachtende Abnahme der Beschäftigtenzahl fortgesetzt. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl im Jahre 1998 lag um gut 5 % unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Der gleichzeitige Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe betrug dagegen nur 2,1 %. Auch bei den geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe war gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen, und zwar um 6,5 % auf 45,4 Mill. Stunden.

Die Auftragseingänge der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten waren im Jahre 1998 ebenfalls geringer als 1997. Sie lagen mit 3,2 Mrd. DM um 7,5 % unter dem Ergebnis des Vorjahres. Im öffentlichen und Verkehrsbau lagen die Auftragseingänge um 3,2 % unter dem Vorjahresergebnis, im Wohnungsbau wurden Rückgänge um 9,7 % verzeichnet und im Wirtschaftsbau um 11,2 %.

Geringere Getreidevorräte auf den Betrieben

Nach Auskunft der amtlichen Ernte- und Betriebsberichterstatter wurden bis zum 31. Dezember 1998 69 % des Getreides und 42 % der Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1998 an den Handel abgegeben oder in den landwirtschaftlichen Betrieben verbraucht. Während von den Kartoffeln im Landesmittel – vor allem auf den größeren Ackerbaubetrieben – noch wie im Vorjahr über die Hälfte der Ernte gegen Ende des Jahres 1998 in der Landwirtschaft lagerte, waren die Getreidevorräte bereits in größerem Umfang nach der Ernte abgegeben worden. Im vorhergehenden Jahr lagerten zu diesem Zeitpunkt noch 43 % der Getreideernte auf den landwirtschaftlichen Betrieben.

1998 deutlich mehr Schweine geschlachtet

Im Dezember 1998 wurden in Schleswig-Holstein 120 000 Schweine, 31 000 Rinder und 10 000 Schafe in- und ausländischer Herkunft gewerblich geschlachtet. Die Zahl der Schweineschlachtungen erhöhte sich damit gegenüber Dezember 1997 um 18 % und die der Rinderschlachtungen um 4 %. Dagegen verringerte sich gegenüber Dezember 1997 die Zahl der Schafschlachtungen um 17 %. Die Ge-

samtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen war mit 21 000 t um 12 % höher als im Dezember 1997.

Für das Jahr 1998 ergibt sich bei den gewerblichen Schweineschlachtungen mit insgesamt 1,45 Mill. Tieren eine deutliche Zunahme um 15 % gegenüber 1997. Die Aufstockung der Schweinebestände in Schleswig-Holstein spiegelt sich damit auch bei den Schweineschlachtungen wider. Dagegen nahm die Zahl der gewerblichen Rinderschlachtungen mit 398 000 Tieren um 7 % und die der gewerblichen Schafschlachtungen mit 121 000 Tieren um 9 % gegenüber dem Vorjahr ab. Die Gesamtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen war 1998 mit 258 000 t um 4 % höher als im Vorjahr.

Dienstleistungen gewinnen weiter an Bedeutung

Im April 1998 waren 1,23 Mill. Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner erwerbstätig. Damit blieb diese Zahl gegenüber 1997 etwa konstant. Dieses ergibt sich aus dem Mikrozensus 1998, der alljährlich stattfindenden 1 %-Haushaltsstichprobe.

Die Entwicklung der Beschäftigung in den vier Wirtschaftsbereichen verlief unterschiedlich. Die bedeutendste Steigerung war für den Wirtschaftsbereich „Sonstige Dienstleistungen“ zu beobachten. Dazu gehören unter anderem das Kredit- und Versicherungsgewerbe, Öffentliche und private Dienstleistungen sowie Dienstleistungen für Unternehmen. Die Beschäftigung erhöhte sich 1998 hier weiter auf jetzt 563 000 Personen. Dabei fiel der relative Anstieg dieser Erwerbstätigenzahl mit 4,6 % sogar mehr als doppelt so hoch aus als 1997 (2,0 %).

Während in der „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ die Beschäftigung 1998 leicht auf 39 000 (+ 3,1 %) stieg, arbeiteten im „Produzierenden Gewerbe“ mit 298 000 Personen über 20 000 Erwerbstätige weniger als noch vor Jahresfrist. Einen geringfügigen Rückgang der Erwerbstätigenzahl (- 5 000 oder - 1,4 %) im Jahresvergleich verzeichnet der Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“. 1998 wurden hier insgesamt 330 000 Beschäftigte gezählt.

Fremdenverkehr zum Jahreswechsel

Im Dezember 1998 kamen 179 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) an. Das waren 3,2 % mehr Gäste als im Dezember 1997. Auch die Zahl der gebuchten Übernachtungen (603 000) nahm zu, und zwar um 3,3 % gegenüber Dezember 1997.

Die Schlußbilanz des Jahres 1998 weist für Schleswig-Holstein 1,4 % weniger Übernachtungen aus als im Vorjahr. Die Zahl der Gäste nahm um 1,0 % zu.

Überdurchschnittlich betroffen von den rückläufigen Übernachtungszahlen war die herkömmliche Hotellerie (- 1,5 %) sowie die Parahotellerie (- 2,9 %) mit Betriebsarten wie Erholungs- und Ferienheime (- 3,3 %), Ferienhäuser und -wohnungen (- 3,3 %) oder Jugendherbergen (- 2,1 %). Vermehrte Übernachtungen wurden aus Sanatorien und Kurkrankenhäusern (+ 6,4 %) gemeldet. Der kräftige Rückgang der Übernachtungen, der dort durch die Kostendämpfung im Gesundheitswesen seit Beginn des Jahres 1997 ausgelöst worden war, endete 1998, und das Marktsegment fand seit Mitte des Jahres bei einem verringerten Marktanteil wieder zu einem wachsenden Markt zurück.

Verdienste der Angestellten im Oktober 1998

Die kaufmännischen und technischen Angestellten im Produzierenden Gewerbe verdienten im Oktober 1998 im Durchschnitt brutto 6 206 DM. Das sind 2,6 % mehr als im Oktober 1997. Die weiblichen Angestellten verdienten im Durchschnitt 4 788 DM, die männlichen Angestellten 6 745 DM. Der Gehaltszuwachs fiel bei den Frauen mit 3,7 % höher aus als bei den Männern, deren Gehälter um 2,3 % gestiegen sind. In die Erhebung wurden ausschließlich Vollzeitbeschäftigte einbezogen. Zum Vergleich: der Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte in Deutschland stieg im selben Zeitraum um 0,7 %.

Die Bruttomonatsgehälter der Angestellten in den Wirtschaftsbereichen Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern haben sich im Oktober 1998 um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 4 313 DM erhöht. Dabei stieg das Gehalt der Frauen um 1,9 % auf 3 579 DM und das der Männer um 1,7 % auf 4 987 DM.

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe erhielten die Angestellten im Oktober 1998 ein durchschnittliches Bruttomonatsgehalt von 5 311 DM. Dies entspricht einem Zuwachs von 1,8 % gegenüber dem Oktober 1997. Das Monatsgehalt der Frauen stieg um 2,1 % auf 4 650 DM, das der Männer um 1,5 % auf 5 896 DM.

Verdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter im Oktober 1998

Die Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe in Schleswig-Holstein verdienten im Oktober

1998 durchschnittlich brutto 4 322 DM. Damit ist der Verdienst gegenüber dem Oktober 1997 um 0,5 % gestiegen. Die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit betrug 37,8 Std. Dies sind 1,0 % weniger als im Vorjahresmonat. Hierin sind 1,2 Std. für Mehrarbeit enthalten (Oktober 1997: 1,3 Std.). Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst betrug 26,31 DM und war damit um 1,5 % höher als im Vorjahresmonat. In die Erhebung wurden ausschließlich Vollzeitbeschäftigte einbezogen.

Im Oktober 1998 verdienten die Arbeiterinnen 3 311 DM und die Arbeiter 4 502 DM. Die Verdienste der Frauen sind somit um 1,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen, die Verdienste der Männer um 0,4 %. Zum Vergleich: der Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte in Deutschland stieg im selben Zeitraum um 0,7 %.

Straßenverkehrsunfälle im Dezember 1998

Die Polizei war mit 5 632 Straßenverkehrsunfällen auf Schleswig-Holsteins Straßen befaßt, das waren 8,7 % mehr Unfälle als im Dezember 1997.

Unfälle mit reinem Sachschaden (4 518) erfaßte die Polizei 7,8 % mehr als im Dezember des Vorjahres. Von diesen Unfällen waren 351 schwerwiegend, oder es war Alkohol im Spiel.

Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden (1 114) erhöhte sich um 12,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der Verletzten (1 468) lag um 11,0 % über der des Vorjahres. Es verunglückten 27 Personen tödlich, 2 Personen mehr als vor einem Jahr.

Insgesamt verunglückten damit in den letzten 12 Monaten auf den Straßen Schleswig-Holsteins 244 Menschen tödlich.

Kaufwert landwirtschaftlicher Grundstücke gestiegen

Der durchschnittliche Kaufwert landwirtschaftlicher Grundstücke war 1998 nach vorläufigen Berechnungen in Schleswig-Holstein mit 20 200 DM je ha um 7 % höher als 1997.

Nach den vorläufigen Ergebnissen wurden 1998 gut 990 Verkäufe registriert, dabei wechselten 5 049 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) ohne Gebäude und ohne Inventar den Eigentümer. Die veräußerten Flächen wiesen im Mittel gegenüber dem Vorjahr eine geringfügig niedrigere Bodenqualität auf.

Die höchsten durchschnittlichen Kaufwerte wurden mit 27 700 DM im Kreis Pinneberg – gefolgt vom Kreis Ostholstein und Kreis Stormarn – erreicht. Im Kreis Schleswig-Flensburg wurden mit durchschnittlich 16 600 DM je ha FdIN die niedrigsten Kaufwerte festgestellt.

20 000 neue Wohnungen geplant

Im Verlauf des Jahres 1998 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von etwa 20 000 Wohnungen, 5,1 % weniger als im Vorjahr. Die Ursache hierfür liegt hauptsächlich im Geschoßwohnungsbau. Mit 6 800 Wohnungen wurden hier fast 22 % weniger genehmigt als 1997. Diese Entwicklung konnte durch die Nachfrage nach Eigenheimen nicht kompensiert werden, die aber immerhin um 9,5 % auf 11 200 Wohnungen in geplanten Ein- und Zweifamilienhäusern stieg. Im Nichtwohnbau sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sind 2 000 Wohnungen vorgesehen, 6,4 % weniger als im Vorjahr.

Statistik für Schleswig-Holstein – jetzt auch im Internet: www.statistik-sh.de

Das Internet hat als Medium zur Kommunikation und Bereitstellung von Informationen weltweit rasante

Verbreitung gefunden und wird zunehmend auch von vielen Kunden der amtlichen Statistik zur Informationsrecherche genutzt.

Nachdem das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr bereits einen E-Mail-Zugang eingerichtet hat sowie spezielle Informationsdienste zur Bundestagswahl und zum Volksentscheid präsentieren konnte, steht nun auch ein ausführliches, allgemeines Informationsangebot im Internet zur Verfügung.

Nutzer können sich hier schnell und kostenlos über die amtliche Statistik und das Statistische Landesamt mit seinem umfangreichen Dienstleistungs- und Veröffentlichungsangebot informieren.

Im Vordergrund der Präsentation stehen Daten und Ergebnisse für Schleswig-Holstein. Nach den wichtigsten Arbeitsbereichen geordnet finden sich Tabellen und Grafiken mit jährlich aktualisierten Eckdaten. Andere statistische Ämter der Länder und des Bundes sowie des europäischen Auslands sind über sogenannte Links zu erreichen und ermöglichen weitergehende Recherchen. Statistische Kurzinformationen mit laufend aktualisierten Ergebnissen aus allen Arbeitsbereichen komplettieren das Angebot.

Anregungen zur Optimierung der Internetseiten und Hinweise zum weiteren Ausbau oder auf technische Probleme sind von allen Nutzern gerne willkommen.

Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein (1. Teil)

Zum 1. Januar 1998 wurde im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt. Die Kosten- und Leistungsrechnung ist in den Modernisierungsprozeß der Landesregierung eingebettet und soll eine der Grundlagen eines noch zu entwickelnden Controlling-Systems bilden. Ziel der Kosten- und Leistungsrechnung ist es, detaillierte Transparenz von Kosten und Leistungen bereitzustellen, um die Steuerung des Amtes und seiner Ressourcen im Sinne einer ebenfalls noch zu entwickelnden outputorientierten Budgetierung zu gewährleisten. Der Leiter der Stabsstelle Kosten- und Leistungsrechnung/Controlling im Statistischen Landesamt erläutert im folgenden Aufsatz (1. Teil) den Ablauf des Einführungsprozesses bis zum Beginn des „Echtbetriebes“ am 01.01.1998. Der weitere Verlauf des „Echtbetriebes“, der derzeitige Stand und die mögliche Vorgehensweise bei der Weiterentwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung werden Inhalt eines 2. Teils sein, der in einem der nächsten Statistischen Monatshefte erscheinen wird.

1. Vorgeschichte

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hält eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung auch aufgrund der engen Finanzlage der öffentlichen Haushalte für unabdingbar. Nur mit einer noch effektiveren und effizienteren Landesverwaltung kann Schleswig-Holstein seine Chancen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nutzen. Mit den bisherigen traditionellen Steuerungsinstrumenten des Haushaltswesens ist dies nur begrenzt möglich. Deshalb erfordert eine Modernisierung des öffentlichen Dienstes auch eine Neuorientierung im staatlichen Haushaltsrecht. Zentrales Modernisierungsvorhaben der Landesverwaltung ist in diesem Zusammenhang die Einführung von neuen Steuerungselementen im Haushaltsbereich. Eine der wichtigsten Komponenten hierfür ist die Kosten- und Leistungsrechnung, die in den nächsten Jahren für die gesamte Landesverwaltung eingeführt werden soll.¹

Im Einklang mit den Modernisierungsbestrebungen der Landesregierung empfiehlt die vom Innenministerium Schleswig-Holstein im Jahr 1995 beauftragte Firma KPMG Unternehmensberatung GmbH in einem Organisationsgutachten, das Statistische Landesamt (StatLa) auf der Basis § 10a der Landeshaushaltsordnung (LHO) haushaltsrechtlich zu verselbständigen und hierfür neue Instrumente wie Budgetierung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Controlling zur Effizienzsteigerung einzuführen.

In der ersten Modernisierungsphase sollen nun einzelne Ansätze erprobt werden. Um den Modernisierungsprozeß auf eine breite Basis zu stellen, ist auf Vorschlag des Ministers für Finanzen und Energie in

¹ Kabinettsbeschuß vom 31.08./01.09.1996 zum Grundlagenpapier zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein (KV-Nr. 137/96)

jedem Ministerium oder dessen nachgeordneten Behörden zumindest ein Modernisierungsprojekt durchzuführen. Nach Auswertung des KPMG-Gutachtens hat das Innenministerium aus seinem Geschäftsbereich u. a. das StatLa als Modellprojekt gem. § 10a LHO vorgeschlagen. Dabei werden auch eine weitestgehende Flexibilisierung und Globalisierung des traditionellen Haushaltswesens sowie eine „outputorientierte“ Budgetierung angestrebt. Das in § 10a (2) LHO angesprochene Maßnahmen- und Finanzcontrolling setzt im Prinzip die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung als Teil der begleitenden Steuerungsinstrumente voraus. Daraus resultiert, daß das StatLa auch als einer der Pilotbereiche des Landes für den Aufbau und die Anwendung einer Kosten- und Leistungsrechnung fungiert. Die folgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf die Entwicklung der Kosten- und Leistungsrechnung.

2. Rahmenbedingungen

Für den Aufbau und vor allem für die spätere Nutzung der Kosten- und Leistungsrechnung in den Pilotbereichen wie auch in der gesamten Landesverwaltung ist es unerlässlich, einheitliche Rahmenbedingungen zu verwenden. Erforderlich sind z. B.

- einheitliche Bewertungsmaßstäbe,
- einheitliche Auswertungsprinzipien,
- ein einheitliches Berichtswesen gegenüber dem Landtag und seinen Ausschüssen,
- Standardisierungen, um Kosten einzusparen und
- eine zentrale Steuerung durch den Landeshaushalt.²

Um solche Rahmenbedingungen näher zu definieren, wurde durch die Staatssekretärsrunde im Dezember

² Projekte und Perspektiven, Broschüre der Landesregierung Schleswig-Holstein, 1/96

§ 10a der Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holsteins

§ 10a Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs (Experimentierklausel)

- (1) Die Ministerin oder der Minister für Finanzen und Energie darf auf Antrag der zuständigen Ministerin oder des zuständigen Ministers mit Einwilligung des Finanzausschusses für bestimmte Bereiche der Landesverwaltung zur Erprobung wirtschaftlicher Budgetierungsverfahren zeitlich befristet über mehrere Haushaltsjahre
 1. Titel unter Beachtung der Mindestanfordernisse des § 13 Abs. 3 zusammenlegen,
 2. die gegenseitige Deckungsfähigkeit innerhalb der Hauptgruppen und die einseitige Deckungsfähigkeit der Hauptgruppe 4 zugunsten der Hauptgruppen 5 bis 8, der Hauptgruppe 5 zugunsten der Hauptgruppen 6 bis 8 sowie der Hauptgruppe 6 zugunsten der Hauptgruppen 5, 7 und 8 herstellen,
 3. Haushaltsvermerke ausbringen, die die Deckung von Mehrausgaben durch Mehreinnahmen ermöglichen,
 4. die Übertragbarkeit abweichend von § 19 Abs. 1 für alle Ausgaben zulassen,
 5. die Bildung von Ausgaberesten abweichend von § 45 Abs. 3 Satz 1 und 2 zulassen,
 6. die Bildung von Rücklagen zulassen und
 7. Sperrvermerke ausbringen.
- (2) Im Rahmen des Verfahrens nach Abs. 1 ist von der zuständigen Ministerin oder dem zuständigen Minister im Einvernehmen mit der Ministerin oder dem Minister für Finanzen und Energie ein geeignetes Maßnahmen- und Finanzcontrolling zu entwickeln, mit dem insbesondere sichergestellt wird, daß das jeweils verfügbare Ausgabenvolumen nicht überschritten wird. Geeignete Plandaten sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen oder in die Erläuterungen aufzunehmen.
- (3) Die Ministerin oder der Minister für Finanzen und Energie hat den Finanzausschuß mindestens zweimal im Haushaltsjahr über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Einzelheiten werden zwischen dem Finanzausschuß und der Ministerin oder dem Minister für Finanzen und Energie für das jeweilige Vorhaben festgelegt.

1995 eine interministerielle Arbeitsgruppe „Kosten- und Leistungsrechnung“ ins Leben gerufen, die ein Grundlagenpapier zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung erarbeitete.

Nach Vorlage und Auswertung des Grundlagenpapiers im Sommer 1996 beauftragte die Landesregierung die interministerielle Arbeitsgruppe dann weiterhin, unter Federführung des Ministeriums für Finanzen und Energie und mit Hilfe externer Unterstützung durch die Firma WIBERA ein Umsetzungskonzept zur Kosten- und Leistungsrechnung zu erstellen. Das im Sommer 1997 vorgelegte Umsetzungskonzept bildet zusammen mit dem Grundlagenpapier den theoretischen Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung im Lande. Alle jetzigen und zukünftigen Pilot- und Anwenderbereiche sind gehalten, sich an die hierin beschriebenen Grundsätze zu halten.

Als einer der Pilotbereiche des Landes zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung hat sich das StatLa Schleswig-Holstein schon sehr früh mit dieser Thematik befaßt. Aus der Arbeitsgruppe „Verselbständigung“, die anlässlich der Auswertung des KPMG-Gutachtens gebildet worden war, wurde im Juli 1996 eine Arbeitsgruppe „Kosten- und Leistungsrechnung“ (Arbeitsgruppe KLR) institutionalisiert. Ziel dieser Arbeitsgruppe war die Erörterung und Auswertung des Grundlagenpapiers in Hinblick auf die geplante Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung im StatLa. Nachdem sich die Arbeitsgruppe einen Überblick über den für das StatLa relevanten Teil des Grundlagenpapiers verschafft hatte, brachte sie ihre Erkenntnisse in die im April 1997 im StatLa gegründete „Projektgruppe zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im Statistischen Landesamt“ – im folgenden Projektgruppe KLR genannt – ein. Der Projektgruppe KLR gehören neben der Mitarbeiterin und dem Mitarbeiter der kurz vorher eingerichteten Stabsstelle, dem Leiter der Abteilung 2 und dem Haushaltsdezernenten (Dezernat 100) auch Vertreterinnen oder Vertreter des örtlichen Personalrates (öPR), des Hauptpersonalrates (HPR), der Gleichstellungsbeauftragten (GB) und der Schwerbehinderten (SV) an. Neben diesen Institutionen des StatLa ist das Innenministerium als Fachaufsicht über das StatLa und mit seinem Haushaltsreferat vertreten.

Der Errichtung der Projektgruppe KLR vorausgegangen war im Februar 1997 die erste Projektmanagementsitzung unter der Leitung des Staatssekretärs des Innenministeriums. Die Projektgruppe KLR ist Teil einer Projektorganisation, in der unter dem Projektmanagement des Innenministeriums auch noch eine Projektgruppe Vermessungs- und Katasterverwaltung (VKV), unterteilt in vier örtliche Projektgruppen, subsumiert ist.

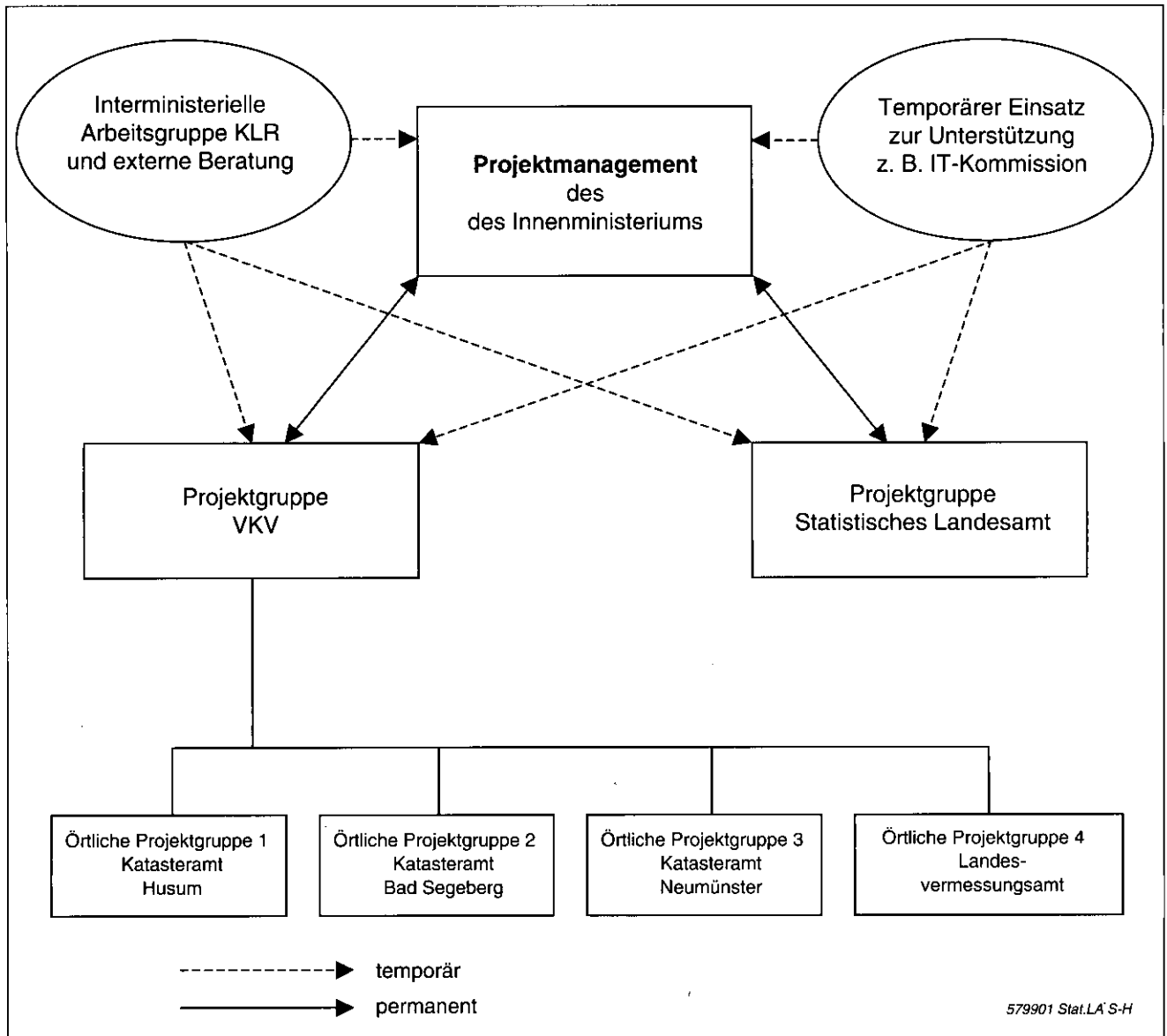
Inhaltsverzeichnis des Grundlagenpapiers zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung

1 Ausgangssituation und Auftrag	4.1.2 Kostenstellenbildung im System der parallelen Voll- und Teilkostenrechnung
2 Grundstrukturen der Kosten- und Leistungsrechnung	4.2 Zweckplurale Grundrechnung
2.1 Kostenartenrechnung	4.2.1 Aufbau der zweckpluralen Grundrechnung
2.2 Kostenstellenrechnung	4.2.2 Kostenartenbildung im System der Grundrechnung
2.3 Kostenträgerrechnung	4.3 Auswertungsrechnungen auf Teilkostenbasis
3 Bestimmungsfaktoren der Kosten- und Leistungsrechnung	4.4 Vollkostenrechnung
3.1 Grundsätze für die Kosten- und Leistungsrechnung	4.4.1 Erste Stufe: Produktbasierte Vollkostenrechnung
3.2 Ziele der Kosten- und Leistungsrechnung	4.4.2 Zweite Stufe: Tätigkeitsbasierte Vollkostenrechnung
3.2.1 Erhöhung der Wirtschaftlichkeit	4.4.3 Dritte Stufe: Prozeßkostenrechnung
3.2.2 Erzielung von Kosten- und Leistungstransparenz	4.4.4 Interne Leistungsverrechnung
3.2.3 Schärfung des Kosten- und Leistungsbewußtseins	4.4.4.1 Periodenbezogene Verrechnung interner Leistungen
3.2.4 Leistungsgerechte Kalkulation von Benutzungsgebühren und Entgelten sowie von Erstattungsbeträgen zwischen Verwaltungseinheiten innerhalb des Haushalts	4.4.4.2 Permanente interne Leistungsverrechnung
3.2.5 Bereitstellung von entscheidungsrelevanten Informationen	4.5 Erlös- und Ergebnisrechnung
3.2.5.1 Einzelkosten und Gemeinkosten	4.6 Leistungsrechnung
3.2.5.2 Fixe Kosten und variable Kosten	4.7 Indikatorenrechnung
3.2.5.3 Monats-, Quartals-, Jahreseinzelkosten und Periodengemeinkosten	4.7.1 Indikatorenrechnung zur Qualitätsmessung von Produkten
3.2.5.4 Plan- und Istkosten	4.7.2 Indikatorenrechnung zur Messung der Sachzielerreichung
3.2.5.5 Pagatorische und kalkulatorische Kosten	4.7.3 Methodische Grundlagen der Indikatorenrechnung
3.2.5.6 Periodengerechte und periodenfremde Kosten	4.8 Mittel- bis langfristige Einführung einer Plankostenrechnung
3.3 Funktionen und Schnittstellen der Kosten- und Leistungsrechnung im Rahmen der Einführung neuer Steuerungs- und Modernisierungsinstrumente	4.9 Produktdefinition
3.3.1 Kosten- und Leistungsrechnung und Verwaltungscontrolling	4.9.1 Das Produkt als zentrale Steuerungsgröße
3.3.2 Kosten- und Leistungsrechnung und outputorientierte Budgetierung	4.9.2 Grundbegriffe der Produktdefinition
3.3.3 Kosten- und Leistungsrechnung und dezentrale Ressourcenverantwortung	4.9.3 Prinzipien der Produktdefinition
3.3.4 Kosten- und Leistungsrechnung und Aufgabenkritik	4.9.3.1 Ziel- und Wirkungsorientierung
	4.9.3.2 Minimierung des Steuerungsaufwandes durch Begrenzung der Produktzahl
	4.9.3.3 Einbeziehung der Legislative
	4.9.3.4 Eignung der Produkte für die Zuweisung von Verantwortung und Budget
	4.9.3.5 Eignung der Produkte als Kostenträger
	4.9.3.6 Partizipation der Beschäftigten
	4.9.3.7 Produktdefinition als Gegenstromverfahren
4 Grundkonzeption der Kosten- und Leistungsrechnung	5 Berücksichtigung der Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
4.1 Integriertes System der parallelen Voll- und Teilkostenrechnung	6 Zusammenfassende Darstellung der Eckpunkte zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung
4.1.1 Notwendigkeit der parallelen Voll- und Teilkostenrechnung	

**Inhaltsverzeichnis des Umsetzungskonzepts
für den Einsatz einer Kosten- und Leistungsrechnung**

1. Übersicht	12. Leistungsrechnung über Kostenträger
1.1 Vorbemerkungen	12.1 Aussagen des Grundlagenpapiers
1.2 Inhaltsverzeichnis	12.2 Umsetzungsalternativen
1.3 Anlagenverzeichnis	12.3 Konzept
2. Wichtige Begriffe / Abkürzungen	12.3.1 Bedeutung und typische Fragestellungen
2.1 Glossar	12.3.2 Grundlagen
2.2 Abkürzungsverzeichnis	12.3.3 Datenquellen
3. Gesamtstrategie und Wertefluß im Rechnungswesen des Landes	12.3.4 Organisation der Datenerfassung
4. Übergreifendes Controlling / Verbindung zur Aufgabenanalyse	12.3.4.1 Frequenz
5. Anforderungen an die Budgetierung	12.3.4.2 Zuständigkeiten
6. Kostenrechnungssystem	12.3.4.3 Aggregationsstufen
7. Kontenrahmensystematik	12.3.5 Gegenstand der Leistungsrechnung
8. Kostenarten	12.3.5.1 Mengen- und Fallzahlen der Kostenträger
8.1 Aussagen des Grundlagenpapiers	12.3.5.2 Komplexitäten und Qualitäten
8.2 Umsetzungsalternativen	12.3.5.3 Geldleistungen / Transfers
8.3 Konzept	12.3.5.4 Grundlagen für Kennzahlen u. Indikatoren
8.4 Softwarehinweise	12.4 Softwarehinweise
8.5 Realisierungshinweise	12.5 Realisierungshinweise
9. Personalkostenverbuchung	13. Differenzierung von Aufgaben / Tätigkeitskataloge
9.1 Aussagen des Grundlagenpapiers	13.1 Aussagen des Grundlagenpapiers
9.2 Umsetzungsalternativen	13.2 Umsetzungsalternativen
9.2.1 Fragestellung	13.3 Konzept
9.2.2 Lösungsmöglichkeiten	13.4 Softwarehinweise
9.3 Konzept	13.5 Realisierungshinweise
9.3.1 Personalkostenklassen	14. Interne Verrechnungen / Aufträge
9.3.2 Personalzeitklassen	14.1 Aussagen des Grundlagenpapiers
9.3.3 Ausfallzeiten	14.2 Umsetzungsalternativen
9.3.4 Ermittlung der IST-Werte und der Stundensätze	14.3 Konzept A
9.4 Softwarehinweise	14.4 Konzept B
9.5 Realisierungshinweise	14.4.1 Grundlagen
10. Kostenstellen	14.4.2 Konzeptionelle Hinweise für eine interne Auftragsabwicklung
10.1 Aussagen des Grundlagenpapiers	14.5 Softwarehinweise
10.2 Umsetzungsalternativen	14.6 Realisierungshinweise
10.2.1 Typische Fragen der Kostenstellenbildung	15. Umlagen und Gemeinkostenverteilung
10.2.2 Lösungsmöglichkeiten	16. Anlagevermögen / kalkulatorische Kosten
10.3 Konzept	16.1 Aussagen des Grundlagenpapiers
10.3.1 Kostenstellentypen	16.2 Umsetzungsalternativen
10.3.1.1 Budgetkostenstellen	16.3 Konzept
10.3.1.2 Servicekostenstellen	16.4 Softwarehinweise
10.3.1.3 Vorkostenstellen	16.5 Realisierungshinweise
10.3.1.4 Nachgeordnete Organisationskostenstellen	17. Operatives Controlling
10.3.1.5 Objektkostenstellen	17.1 Aussagen des Grundlagenpapiers
10.3.2 Kostenstellennumerik	17.2 Umsetzungsalternativen
10.4 Softwarehinweise	17.3 Konzept
10.5 Realisierungshinweise	17.3.1 Grundlagen
11. Kostenträger	17.3.2 Gegenstand des operativen Controllings
11.1 Aussagen des Grundlagenpapiers	17.4 Softwarehinweise
11.2 Umsetzungsalternativen	17.5 Realisierungshinweise
11.3 Konzept	18. Journale und Belegnummern
11.3.1 Grundsätze	19. Wechsel des Haushaltsjahres
11.3.2 Abkehr von Produktkatalogen	20. Verwaltungserfolgsrechnung (VER)
11.3.3 Kostenträgertypen	20.1 Zielsetzung
11.3.4 Verbindung mit der Kostenstellenrechnung	20.2 Elemente und Bausteine der VER
11.3.5 Ordnungsschema für Kostenträger	20.3 Aufbau der VER
11.3.6 Kostenträgernumerik	21. Hinweise zur Einführung eines KLR-Systems
11.4 Softwarehinweise	21.1 Rahmenbedingungen
11.5 Realisierungshinweise	21.2 Empfohlene Schritte
	21.3 Schulungskonzept
	22. Nutzen-Kosten-Analyse

Einführung neuer Steuerungsinstrumente – Modellvorhaben nach § 10a LHO – hier: Gemeinsame Projektorganisation Statistisches Landesamt und Vermessungs- und Katasterverwaltung (VKV)



Die Leiter der Pilotprojekte treffen sich in unregelmäßigen Abständen mit der für diese Projekte zuständigen Federführung des Ministeriums für Finanzen und Energie. Sinn dieser Arbeitssitzungen ist ein gegenseitiger Austausch des jeweiligen Arbeitsstandes und die Lösung auftretender Probleme. Neben den Pilotbereichen des Innenministeriums nehmen daran auch das Landesarchiv sowie das Landesamt für Natur und Umwelt teil. Diese gemeinsamen Veranstaltungen sind uneingeschränkt positiv zu bewerten. Zum einen führen sie zu Synergieeffekten, da auch bei unterschiedlich strukturierten Pilotbereichen die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, noch dazu auf der Grundlage gleicher Software, ge-

meinsame Problemlösungen zulässt. Zum anderen ermöglichen gemeinsame Festlegungen bei den im Umsetzungskonzept noch offenen Detailfragen einheitliche Rahmenbedingungen, die später auch die gewünschte Vergleichbarkeit von Ergebnissen der Kosten- und Leistungsrechnung fördern.

Die im Rahmen der Modernisierungsbestrebungen im Februar 1997 von Innenministerium und StatLa entworfene Zielvereinbarung nennt für die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung den 01.01.1998 als festen Termin. Daraufhin wurde im März 1997 eine Stabsstelle Kosten- und Leistungsrechnung/Controlling (Stabsstelle KLR/Controlling) im StatLa

eingrichtet. Der Leiter der Stabsstelle ist gleichzeitig Leiter der Projektgruppe KLR und vertritt die Belange der Projektgruppe KLR im Projektmanagement des Innenministeriums und in der interministeriellen Arbeitsgruppe KLR. Erstes Ziel der Stabsstelle war es, in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe KLR die Kosten- und Leistungsrechnung im StatLa zum vorgegebenen Termin einzuführen.

Parallel zum Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung im StatLa Schleswig-Holstein nahm Anfang 1996 eine Arbeitsgruppe Kosten- und Leistungsrechnung der statistischen Ämter von Bund und Ländern ihre Arbeit auf. Sie war von den Verwaltungsleitern der statistischen Landesämter ins Leben gerufen worden, weil die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung in nahezu allen Ämtern ein Thema geworden war und Einheitlichkeit der Methoden und Systematiken gebot. Diese Arbeitsgruppe, in der der Leiter der Stabsstelle KLR/Controlling im StatLa Mitglied ist, hat zwischenzeitlich mehrfach ergebnisorientiert getagt.

Den derzeitigen Abschluß der Rahmenbedingungen für den Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung im Lande bildet ein Projekt zur Einführung einer integrierten Gesamtlösung, die sowohl die Mittelbewirtschaftung als auch die Kosten- und Leistungsrechnung beinhaltet. Die Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein planen hierbei eng zu kooperieren, um durch gemeinsame Weiterentwicklung und Einführung betriebswirtschaftlicher Standardsoftware zu verbesserten Arbeitsabläufen und Kostensenkungen zu kommen. Auf der Grundlage einer europaweiten Ausschreibung haben sich beide Länder für das Angebot der SAP AG in Walldorf/Baden-Württemberg entschieden.³ Nach der Jahrtausendwende soll dieses System die bisher parallel laufenden Einzelsysteme landesweit ablösen.

3. Vorbereitende Arbeiten

Seit April 1997 ist die Stabsstelle KLR/Controlling im StatLa, unterstützt durch die Projektgruppe KLR, intensiv mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung im Amt befaßt. Die dazu bereitgestellten personellen Ressourcen sind

- im höheren Dienst der Leiter der Stabsstelle mit 90 % seiner Arbeitszeit und
- im gehobenen Dienst eine Mitarbeiterin mit voller Arbeitszeit.

Arbeitsaufträge werden an die Mitglieder der Projektgruppe KLR nicht verteilt. Letztere nehmen vielmehr Diskussions-, Steuerungs- und Prüfungsfunktionen wahr, indem sie die von der Stabsstelle eingebrachten Vorschläge und Arbeitsergebnisse überarbeiten und, vorbehaltlich der Zustimmung der Amtsleitung, abschließend entscheiden. Die Stabsstelle kann bei der Erarbeitung der Vorschläge auf die Ressourcen der Linienorganisation zurückgreifen.

Die im folgenden beschriebene Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung im StatLa ist grundsätzlich chronologisch dargestellt, der zeitlich geraffte Ablauf kann der Übersicht auf den beiden Folgeseiten entnommen werden. Neben dem Zeitablauf werden zuweilen auch inhaltliche Zusammenfassungen dargestellt.

3.1 Workshops zum Umsetzungs-konzept KLR

Um das von der Landesregierung beauftragte Umsetzungskonzept zur Kosten- und Leistungsrechnung (Umsetzungskonzept KLR) möglichst schnell und umfassend zu erstellen, fanden unter Federführung des Ministeriums für Finanzen und Energie und mit Hilfe der Firma WIBERA als externer Berater vom März 1997 bis Juli 1997 eine Reihe von Workshops zu signifikanten Themen der Kosten- und Leistungsrechnung statt. Neben ausgewählten Mitgliedern der interministeriellen Arbeitsgruppe KLR nahmen daran die Vertreter der Pilotbereiche und damit auch der Projektleiter KLR des StatLa teil. Rückblickend gesehen war dies sicherlich ein Vorteil, da in diesen überaus zeitintensiven und inhaltlich sehr detaillierten Arbeitssitzungen auch die Erfahrungen des StatLa, d. h. die speziell für eine nachgeordnete Behörde auftretenden Probleme gut eingebracht werden konnten. In den teils ganztägigen Sitzungen wurden die zukünftig für das Land geltenden Rahmenbedingungen zur Kosten- und Leistungsrechnung erarbeitet. Die Workshops behandelten stichwortartig folgende Themen:

- Kostenarten,
- Kontenrahmen,
- Personalkostenerfassung und -verrechnung,
- Kostenstellen,
- Umlagen/interne Leistungsverrechnung,
- Kostenträger,
- Qualitäten/Quantitäten/Mengenerfassung,
- Anlagevermögen/kalkulatorische Kosten und
- Controlling/Berichtswesen.

Parallel zu den Workshops fanden verschiedene Sitzungen der interministeriellen Arbeitsgruppe KLR statt, auf denen man die Ergebnisse der Workshops diskutierte. So konnten inhaltlich wichtige Anregungen der Arbeitsgruppe für die endgültige Erarbeitung

³ Presseinformation des Ministeriums für Finanzen und Energie vom 5. Juni 1998

Zeitlicher Ablauf wichtiger „Meilensteine“ zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

- November 1995** Der Landtag beschließt eine Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO), die insbesondere einen neuen § 10a einführt, der unter dem Titel „Experimentierklausel“ die Erprobung wirtschaftlicher Budgetierungsverfahren zum Ziel hat.
- Dezember 1995** Die Landesregierung verabschiedet ein Leitbild, das u. a. dem Willen Ausdruck gibt, „die Verantwortung für Ergebnisse, Personal und Ressourcen dezentral zusammenzuführen“ und „das Haushaltswesen so zu gestalten, daß mehr Anreize für wirtschaftliches Verhalten entstehen“.
- Dezember 1995** Die Staatssekretärsbesprechung beauftragt eine interministerielle Arbeitsgruppe „Kosten- und Leistungsrechnung“ unter Federführung des Ministeriums für Finanzen und Energie, dem Kabinett bis Ende August 1996 ein Grundlagenpapier zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein vorzulegen.
- Dezember 1995** Die Arbeitsgruppe „Verselbständigung“ im Statistischen Landesamt legt ihren Bericht zur Organisationsuntersuchung des Statistischen Landesamtes vor, die von der Firma KPMG in der ersten Jahreshälfte durchgeführt worden war. Der Bericht enthält auch einen Hinweis, sobald wie möglich eine KLR einzuführen.
- Dezember 1995** Der Staatssekretär des Innenministeriums schlägt dem Ministerium für Finanzen und Energie für den Geschäftsbereich des Innenministeriums das Statistische Landesamt als Modellvorhaben zur Erprobung des § 10a LHO vor.
- Anfang 1996** Eine Arbeitsgruppe KLR der Statistischen Ämter von Bund und Ländern nimmt ihre Arbeit auf.
- Juli 1996** Im Statistischen Landesamt beruft der Amtsleiter eine Arbeitsgruppe KLR ein. Die Arbeitsgruppe erarbeitet sich in 7 Sitzungen einen Überblick über den für das Statistische Landesamt relevanten Teil des Grundlagenpapiers der interministeriellen Arbeitsgruppe.
- August 1996** Die Landesregierung nimmt das Grundlagenpapier zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die Erarbeitung eines Umsetzungskonzeptes auf der Basis des Grundlagenpapiers.
- Januar 1997** Das Statistische Landesamt nimmt als ein Pilotbereich der Landesverwaltung zur Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung an einer „Aufaktveranstaltung zur Erstellung eines Umsetzungskonzeptes im Zusammenhang mit der Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung“, an der Vertreter aller Ressorts anwesend sind. Der Staatssekretär des Ministeriums für Finanzen und Energie präsentiert den externen Gutachter (Fa. WIBERA), der die Landesregierung bei der Einführung einer KLR unterstützen soll.
- Januar 1997** Die Fa. WIBERA informiert sich im Statistischen Landesamt über dessen haushaltsmäßige, personalwirtschaftliche und organisatorische Rahmenbedingungen, soweit sie für die Einführung einer KLR von Belang sind.
- Februar 1997** Die erste (konstituierende) Projektmanagementsitzung KLR unter Leitung des Staatssekretärs des Innenministerium setzt organisatorische und inhaltliche Rahmenbedingungen.
- Februar 1997** Das Statistische Landesamt und das Innenministerium entwerfen eine Zielvereinbarung zur haushaltsrechtlichen Verselbständigung des Statistischen Landesamtes, die neben der möglichst weitgehenden Anwendung des § 10a LHO auch die Einführung einer KLR zum Inhalt hat.

- März 1997** Das Statistische Landesamt richtet eine Stabsstelle KLR/Controlling ein, die zunächst unmittelbar der Amtsleitung zugeordnet wird. Ziel der Stabsstelle ist es, in Zusammenarbeit mit einer noch zu gründenden Projektgruppe KLR im Statistischen Landesamt, im Amt eine KLR zum 01.01.1998 einzuführen.
- April 1997** Für die Umsetzung der KLR wird im Statistischen Landesamt eine Projektgruppe KLR gebildet. Deren Vorsitz und auch die Projektleitung übernimmt der Leiter der Stabsstelle. Die Projektleitung soll die Projektgruppe im Projektmanagement des Innenministeriums und in der interministeriellen Arbeitsgruppe vertreten. Die ehemalige Arbeitsgruppe KLR im Statistischen Landesamt bringt ihre Erkenntnisse in die Projektgruppe KLR ein und ist offiziell aufgelöst.
- März 1997 bis Juli 1997** Mitarbeit des Statistischen Landesamtes (Projektleiter KLR) bei der Erstellung des „Umsetzungskonzeptes“. In neun Workshops werden die Erfahrungen und Problematiken einer nachgeordneten Behörde eingebracht.
- Mai 1997 bis Juni 1997** Präsentationen von KLR-Software
- August 1997** Entscheidung des Kabinetts für VKR-Software Dr. Müller Consulting. Gleichzeitig nimmt die Landesregierung das Umsetzungskonzept zustimmend zur Kenntnis.
- September 1997** Projektmanagementsitzung KLR
- August 1997 bis Dezember 1997** Beschaffung und Installation der Hard- und Software zur KLR
- Oktober 1997 bis Dezember 1997** Schulungen zur KLR-Software und Betriebssystem
- Juni 1997 bis Dezember 1997** Ermittlung der Stammdaten des Statistischen Landesamtes
- Oktober 1997 bis Dezember 1997** Entwicklung einer Dienstvereinbarung zur Kosten- und Leistungsrechnung (Amtsleitung und örtlicher Personalrat)
- November 1997** Ersten Treffen der Projektleiter der Pilotbereiche unter der Federführung des Ministeriums für Finanzen und Energie. Bis heute (13.01.1999) wurden fünf Arbeitssitzungen durchgeführt.
- November 1997 bis Dezember 1997** Aufbau einer Arbeitszeitanzeige (Erfassungsunterlagen, Logistik, Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).
- Januar 1998** Rahmendienstvereinbarung über die Einführung einer einheitlichen Kosten- und Leistungsrechnung zwischen Innenministerium Schleswig-Holstein und Hauptpersonalrat Innenministerium.

des Umsetzungskonzeptes berücksichtigt werden. Mitte 1997 stimmte die Landesregierung dem von der Firma WIBERA vorgelegten „Umsetzungskonzept für den Einsatz einer Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein“ zu.⁴ Damit hatten die Pilotbereiche des Landes ihren theoretischen Rahmen, der nun möglichst zügig mit Praxisbezug gefüllt werden sollte. Für den folgenden praktischen Vollzug des Umsetzungskonzeptes war die Teilnahme der Projektleitung KLR des StatLa bei allen Workshops und den Sitzungen der interministeriellen Arbeitsgruppe von Vorteil. Durch die Beteiligung an den konzeptionellen Arbeiten und dem sich daraus ergebenden Wissensvorsprung konnte schon relativ zügig mit den für das StatLa relevanten praktischen Umsetzungsarbeiten begonnen werden.

Auch die Projektgruppe KLR beim StatLa hat sich mit den Ergebnissen der Workshops und dem Umsetzungskonzept befaßt. Im Vordergrund standen hier vor allem Erörterungen für die Praxisumsetzung. In mehreren Sitzungen wurde die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung im StatLa mit konstruktiven Diskussionen, Vorschlägen und zum Teil auch tatkräftiger Detailarbeit begleitet und vorangebracht.

3.2 Hard- und Software zur KLR

Die neuen Steuerungselemente im Haushaltsbereich können nur mit Hilfe moderner Datenverarbeitung umgesetzt werden. Optimal wäre ein einheitliches, integriertes Gesamtverfahren, welches die unterschiedlichen Elemente wie Haushaltsplanaufstellungsverfahren, Mittelbewirtschaftung, Kosten- und Leistungsrechnung und Budgetierung beinhaltet und gemeinsam bedient. Die Realität, unter der im StatLa die Kosten- und Leistungsrechnung begonnen wurde und auch weiterhin durchgeführt werden muß, sieht anders aus. Die Kosten- und Leistungsrechnung trifft auf bereits bestehende Einzelverfahren zur Haushaltsplanaufstellung und zur Mittelbewirtschaftung, ein Budgetierungsverfahren ist noch zu entwickeln. Unter diesen Voraussetzungen wurde im August 1997 entschieden⁵, für die Pilotbereiche kurzfristig eine KLR-Standardsoftware zu verwenden, die zuerst einmal bis zum Ende der Pilotierungsphase am 31.12.2000 eingesetzt werden soll. Im Vorfeld dieser Entscheidung fanden zwischen März und Juni 1997 Präsentationen von drei Softwarefirmen statt, die Entscheidung fiel schließlich zugunsten des Produkts VKR der Firma Consulting Dr. Müller, Köln.

⁴ Kabinettsbeschuß vom 11.08.1997 zum Umsetzungskonzept für den Einsatz einer Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein (KV-Nr. 178/97)

⁵ a. a. O., Kabinettsbeschuß vom 11.08.1997

In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, daß bei der geplanten Konzipierung eines landesweiten integrierten Gesamtsystems sowohl der ordnungsgemäße Datentransfer aus Vorkontrollsystemen in die Kosten- und Leistungsrechnung, als auch der Ergebnistransport aus der Kosten- und Leistungsrechnung durch entsprechende Schnittstellen gewährleistet sein muß.

Für die Durchführung der Kosten- und Leistungsrechnung im StatLa wurde eine Client/Server-Lösung mit fünf Arbeitsplätzen konzipiert, die einen permanenten Ausbau der Kosten- und Leistungsrechnung einschließlich Controlling zuläßt. Nach der Entscheidung des Kabinetts im August 1997 erfolgte die Beschaffung der dafür notwendigen Hard- und Software wie Server, Betriebssystem, Datenbank und VKR-Module mit Lizenzen für die Pilotbereiche durch das Ministerium für Finanzen und Energie. Auch die Kosten für Schulungen sowohl zur Server-Software (Betriebssystem Windows NT) als auch zur KLR-Software wurden vom Ministerium für Finanzen und Energie übernommen. Die dazu vorab zu klärenden Fragen, welche Art von Server, Betriebssystem oder Datenbank verwendet werden sollte sowie die im Oktober 1997 kurzfristig auferlegte Haushaltssperre führten allerdings dazu, daß die Implementation des Betriebssystems und der VKR-Software im StatLa erst im November 1997 abgeschlossen werden konnte. Da Fachwissen über das neue Betriebssystem Windows-NT als Netzversion im StatLa noch nicht im ausreichenden Maße vorlag, wurde zunächst eine Einzelplatzversion installiert.

Parallel zur Unterstützung durch das Ministerium für Finanzen und Energie stellte das Innenministerium einen kompletten PC-Arbeitsplatz als Client bereit. Die restlichen vier Clients wurden und werden durch Umstrukturierungen im StatLa bei PC-Neubeschaffungen berücksichtigt. Auch die begrenzte Übernahme von Kosten z. B. für eine Vorortschulung durch die Dr. Müller Consulting im StatLa wurde vom Innenministerium übernommen. Der Umgang mit neuen Betriebssystemen (Windows NT), Datenbanken (Access) und fachlicher Software (VKR) erfordert einen nicht unerheblichen Schulungsaufwand. Um den Lernerfolg sicherzustellen, wurden die Einführungsschulungen zur VKR-Software nach Teilnehmerkreisen getrennt durchgeführt.

Anfang Oktober 1997 zeichnete sich ab, daß aufgrund der oben erwähnten Schwierigkeiten im Rahmen der Beschaffung und Installation der Hard- und Software sowie noch ausstehender Schulungen, kein ausreichender Test des Systems vor Einführung des Echtbetriebes möglich sein würde. Aufgrund eines entsprechenden Vermerks des Projektleiters an das Projektmanagement wurde die Testphase mit Echtdaten in das erste Halbjahr 1998 verschoben.

3.3 Ermittlung der Stammdaten

Eine Kosten- und Leistungsrechnung nutzt neben den laufend zu erfassenden Daten, wie z. B. die monatlichen Zeitansreibungen, einen jeweils aktuellen Stammdatenbestand, auf den für die unterschiedlichsten Berechnungen jederzeit Zugriff genommen werden kann. Für die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung im StatLa bedeutete das, die im Amt vorhandenen Daten unter betriebswirtschaftlichen und damit kostenrechnerischen Gesichtspunkten zu strukturieren und gegebenenfalls umzuschlüsseln oder auch Daten neu zu erfassen, und zwar unter Berücksichtigung der zu erwartenden Vorgaben der KLR-Software. Beachtet man diese Aspekte, waren im einzelnen Stammdaten für folgende Bereiche bereitzustellen:

- Stellen,
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- Besetzungen (Zuordnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Stellen),
- Besoldungs- und Vergütungsgruppen,
- Kostenarten und Erlösarten,
- Kostenstellen,
- Kostenträger,
- Stellenprofile (Zuordnung der Kostenstellen zu den Stellen) sowie
- Leistungsprofile (Zuordnung der Kostenträger zu den Kostenstellen).

Manche Stammdaten wie Stellen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Besoldungs- und Vergütungsgruppen konnten ohne größeren Aufwand aus vorhandenen Daten des Haushalts- und Personaldezernats übernommen werden. Andere Stammdaten, die systembedingt vom Software-Programm gefordert werden, sind durch Zusammenführung verschiedener Stammdaten relativ problemlos zu ermitteln. So ergibt sich z. B. das Stammdatum Besetzungen durch Kombination der vorhandenen Daten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und Stelle. Entsprechend können die Stammdaten Stellen-/und Leistungsprofile ermittelt werden. Aufwendiger gestaltete sich dagegen die Ermittlung und Festlegung von Kostenarten, Kostenstellen und Kostenträgern.

Kostenarten

Für die Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben im StatLa wird gegenwärtig das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR) eingesetzt, welches sich an den Titeln der Kameralistik orientiert. Für die Kosten- und Leistungsrechnung ist es aber notwendig, alle Kosten zu erfassen, also auch die, die keine direkten Ausgaben verursachen wie z. B. kalkulatorische Zinsen oder Abschreibungen, um auf diese Weise den Werteverzehr in einer Abrechnungsperi-

Auszug aus dem Kostenartenplan des Statistisches Landesamtes Schleswig-Holstein

Kostenart	Bezeichnung
Personalkosten	
4000	Personalkosten
4002	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten
4003	Bezüge der beamteten Hilfskräfte
4005	Vergütung der Angestellten
4007	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter
4008	Bezüge der ständigen, teilbeschäftigten Kräfte
4009	Vergütung Vertretungs- und Aushilfskräfte
4013	Trennungsgeld und Umzugsvergütungen
Sachkosten	
5000	Sachkosten
5001	Allgemeiner Geschäftsbedarf
5002	Papier
5003	Vordrucke
5004	DV-Geschäftsbedarf
5100	Bücher und Zeitschriften
5200	Postgebühren
5901	Aufwendungen an Dritte - Einmalige Statistiken
5902	Aufwendungen an Dritte - DV
5950	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften
5960	Vermischte Verwaltungsausgaben
Fremdkosten	
6000	Fremdkosten
6001	Ausbildung, Umschulung und Fortbildung
6002	Aus- und Fortbildung DV
6008	Datenzentrale (Statistik-Verfahren)
6009	Datenzentrale Gemeinkosten
6010	Gerichtskosten
Umlagen	
9000	Umlagen
9101	Kosten aus umgelegter VKS-L
9102	Kosten aus umgelegter VKS-P
9902	GK-Umlage 120
9903	GK-Umlage 130
9904	GK-Umlage 140

ode darzustellen. Somit war also eine Umstellung der Titolorientierung auf Kostenarten notwendig. Die in die Kosten- und Leistungsrechnung eingehenden Kosten werden üblicherweise nach Kostenarten unterschieden. Um Transparenz und Vergleichbarkeit der Kosten für die gesamte Landesverwaltung sicherzustellen, ist im Umsetzungskonzept ein einheitlicher Kostenartenplan mit einer entsprechenden Numerik entwickelt worden.⁶ Die Grundstruktur dieses Planes unterscheidet folgende Kostenklassen:

- Personalkosten,
- Sachkosten,
- Fremdleistungen (Dienstleistungskosten),
- kalkulatorische Kosten und
- Transferkosten.

Die einzelnen Kostenarten innerhalb der Kostenklassen können zu Kostenartengruppen und zu Kostenartenbereichen hierarchisch gegliedert werden.

Für das StatLa sind in einem ersten Schritt die Personalkosten, Sachkosten und Fremdleistungen in die Kosten- und Leistungsrechnung einbezogen. Der entsprechende Kostenartenplan des Amtes wurde unter Einbeziehung des Haushaltsdezernates und der Projektgruppe KLR erstellt und in EXCEL-Dateien vorgehalten.

Neben der Umsetzung der relevanten Haushaltstitel in die entsprechenden Kostenarten wurden auch bereits die in den nächsten Schritten benötigten Kostenarten (z. B. Abschreibungen) mit aufgenommen. Leider stellte sich bei der Eingabe der Stammdaten in die KLR-Software heraus, daß die Übernahme der EXCEL-Dateien nur unter sehr zeitintensiven und umständlichen Bedingungen möglich war, so daß unter diesen Umständen eine manuelle Eingabe erfolgen mußte. Das hatte zur Folge, daß sich die nachfolgenden Arbeiten verschoben – eine Erfahrung, die bei späteren Projekten unbedingt zu berücksichtigen ist.

Kostenstellen

Unter dem Begriff Kostenstellen werden letztlich die „Orte, an denen Kosten entstehen“ verstanden. Die Definition der Kostenstellen soll sich gemäß Umsetzungskonzept an der in der Landesverwaltung üblichen Aufbauorganisation orientieren. Für das StatLa bedeutete dies, daß in einer ersten Phase die Dezernate als Kostenstellen festgelegt wurden. Eine Übersicht hierüber gibt der abgebildete Kostenstellenplan.

⁶ Ministerium für Finanzen und Energie/Fa. WIBERA: Umsetzungskonzept für den Einsatz einer Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein, Fach 8, 1997

Kostenstellenplan des Statistisches Landesamtes Schleswig-Holstein

<p>07 04 04 00 00 00 Statistisches Landesamt</p> <p>07 04 04 00 00 01 VKS Leitung (L, KLR)</p> <p>07 04 04 00 00 02 VKS Personalrat</p> <p>07 04 04 00 00 03 VKS Hausbewirtschaftung</p> <p>07 04 04 00 00 04 VKS Telefongebühren</p> <p>07 04 04 00 00 05 VKS Portokosten</p> <p>07 04 04 00 00 06 VKS Bußgelder 1</p> <p>07 04 04 00 00 07 VKS Bußgelder 2</p> <p>07 04 04 00 00 08 VKS - Abteilung 2</p> <p>07 04 04 00 00 09 VKS - Abteilung 3</p> <p>07 04 04 00 00 10 VKS - Abteilung 4</p> <p>07 04 04 01 00 00 Abteilung 1</p> <p>07 04 04 01 10 00 SKS Personal/Haushalt/Zentrale Dienste</p> <p>07 04 04 01 11 00 SKS Recht/Datenschutz/Fortbildung/Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>07 04 04 01 12 00 SKS Datenbank/Projekt Jahrhundertwechsel</p> <p>07 04 04 01 13 00 SKS Anfragen/Regionalstatistik/Veröffentlichungen</p> <p>07 04 04 01 14 00 SKS Automatische Datenverarbeitung/IT-Leitstelle</p> <p>07 04 04 02 00 00 Abteilung 2</p> <p>07 04 04 02 20 00 BKS Staats- u. Kommunal финанzen/ Steuern/Öffentlicher Dienst</p> <p>07 04 04 02 21 00 BKS VGR/Erwerbstätigenrechnung</p> <p>07 04 04 02 22 00 BKS Umweltökonomische Gesamtrechnungen</p> <p>07 04 04 02 23 00 BKS Preise/Löhne/Wirtschaftsrechnungen</p> <p>07 04 04 02 24 00 BKS Handel/Tourismus/Verkehr</p> <p>07 04 04 03 00 00 Abteilung 3</p> <p>07 04 04 03 30 00 BKS Verarbeitendes Gewerbe/Handwerk/ UR/Energie- und Wasserwirtschaft</p> <p>07 04 04 03 31 00 BKS Umwelt/Bau/Gebäude, Wohnungen</p> <p>07 04 04 03 32 00 BKS Tierische Produktion/Viehbestand/Bodennutzung</p> <p>07 04 04 03 33 00 BKS Agrarstruktur/Arbeitskräfte Landwirtschaft/Ernten/Gartenbau</p> <p>07 04 04 04 00 00 Abteilung 4</p> <p>07 04 04 04 40 00 BKS Bevölkerung/Wahlen</p> <p>07 04 04 04 41 00 BKS Mikrozensus/Volkszählung/Arbeitsmarkt</p> <p>07 04 04 04 42 00 BKS Gesundheit/Sozialleistungen/Recht/Wohngeld</p> <p>07 04 04 04 43 00 BKS Schulen/Hochschulen/Berufs- und Weiterbildung</p>	<p>VKS = Vorkostenstellen SKS = Servicekostenstellen BKS = Budgetkostenstellen</p>
---	--

Die Kostenstellen werden ebenfalls über eine entsprechende Numerik verwaltet. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter ist über diese Verbindung somit einer Stammkostenstelle zugeordnet. Man unterscheidet folgende Kostenstellentypen:

1. Budgetkostenstellen

Als Budgetkostenstellen gelten die zentralen Produktionseinheiten, denen die in der Dienststelle vorhandenen Kostenträger zugeordnet sind. Unter Kostenträger versteht man die in den einzelnen Fachdezernaten des StatLa zu produzierenden Statistiken, alle Fachdezernate sind Budgetkostenstellen. Die Budgetkostenstellen erhalten Umlagen von den Vorkostenstellen und von den Servicekostenstellen. In den Budgetkostenstellen werden Zeitansreibungen durchgeführt.

2. Servicekostenstellen

Servicekostenstellen haben keine eigenen Kostenträger, es werden keine Zeitansreibungen durchgeführt. Das Ergebnis der Servicekostenstellen wird auf die Budgetkostenstellen umgelegt. Die Dezernate der allgemeinen Abteilung des StatLa sind Servicekostenstellen.

3. Vorkostenstellen

Vorkostenstellen dienen dazu, die Kosten für zentral anfallende Aufgaben zu sammeln und später verursachungsgerecht umzulegen. Es gibt Haushalts-, Anlagen- und Leistungsvorkostenstellen. Vorkostenstellen werden auf Budgetkostenstellen und Servicekostenstellen umgelegt. Eine Vorkostenstelle im StatLa ist z. B. die Hausbewirtschaftung mit Strom und Heizung.

4. Nachgeordnete Organisationskostenstellen und Objektkostenstellen

Diese Arten von Kostenstellen werden im ersten Schritt der Kosten- und Leistungsrechnung nicht im StatLa verwendet.

Über Art und Inhalt der Umlagen einzelner Kostenstellen auf andere wird im 2. Teil dieses Aufsatzes detailliert berichtet.

Kostenträger

Die Kostenträgerrechnung innerhalb der Kosten- und Leistungsrechnung zeigt auf, wofür die Kosten im

Auszug aus dem Produktplan des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein

Produktbereich	Produktgruppe	Produkt
08 04 014 04	Unternehmen und Arbeitsstätten	
	08 04 014 04 04	Bilanzstatistik
		08 04 014 04 04 01 Statistik der Jahresabschlüsse
	08 04 014 04 05	Konkurs- und Vergleichsverfahren
		08 04 014 04 05 01 Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren
08 04 014 16	Finanzen und Steuern	
	08 04 014 16 01	Öffentliche Haushalte - Statistik A/E
		08 04 014 16 01 01 Kommunale Haushaltsansatzstatistik
		08 04 014 16 01 02 Kommunale Kassenstatistik
		08 04 014 16 01 03 Kommunale Rechnungsstatistik
		08 04 014 16 01 04 Kommunale Krankenhausfinanzstatistik
		08 04 014 16 01 05 Kommunaler Finanzausgleich
	08 04 014 16 02	Statistik über den Steuerhaushalt
		08 04 014 16 02 01 Staatliche Steuern
	08 04 014 16 03	Statistik über Schulden
		08 04 014 16 03 01 Schuldenstandsstatistik

StatLa anfallen. Unter Kostenträgern versteht man letztlich die Produkte, die vom StatLa hergestellt werden. Dies sind, wie bereits oben erwähnt, die Statistiken. Würden diese Statistiken wie die Produkte in der Privatwirtschaft verkauft, so könnten durch die Verkaufserlöse die Kosten ihrer Herstellung getragen werden – daher der Ausdruck Kostenträger.

Die Festlegung der Kostenträger im StatLa ist von besonderer Bedeutung, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihren Zeitanweisungen angeben müssen, wie lange sie für welchen Kostenträger arbeiten. Wie die Zeitanweisungen genau durchgeführt werden, wird in einem späteren Kapitel (3.4) erläutert.

Im StatLa werden gemäß Umsetzungskonzept zur Kosten- und Leistungsrechnung drei Arten von Kostenträgern unterschieden:

1. Produkte

Dies sind Kostenträger, die regelmäßig erstellt werden. Im StatLa sind dies im allgemeinen die einzelnen Statistiken der jeweiligen Fachdezernate, d. h. der jeweiligen Budgetkostenstellen.

2. Projekte

Dies sind Kostenträger, die zeitlich befristet, also mit klar definiertem Anfang und Ende, erstellt werden. Kostenträger dieser Art treten im StatLa nur untergeordnet auf, wie z. B. das Projekt Aufgabenanalyse/Aufgabenkritik.

3. Diverse Fachaufgaben

Dieser Kostenträger ist ein Sammelkostenträger, der für jede Budgetkostenstelle vorgehalten wird. Hier können verschiedene, von der Budgetkostenstelle genau definierte Aufgaben gesammelt werden, die sich aus unterschiedlichsten Gründen nicht dazu eignen, in einzelne konkrete Kostenträger (Produkte, Projekte) gefaßt zu werden. Nicht für jede Budgetkostenstelle werden Aufgaben dieser Kostenträgerart auch tatsächlich anfallen.

Die Festlegung der Kostenträger des StatLa nahm, verglichen mit der Ermittlung der anderen Stammdaten, viel Zeit in Anspruch. Dabei wurden in einem ersten Schritt noch keine verwaltungs- und amtsinternen Produkte als Kostenträger definiert. Dies ist erst zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich, wenn auch interne Verrechnungen angegangen oder die Zeitanweisungen auf die Servicekostenstellen und Vorkostenstellen ausgedehnt werden. Die Kostenträger

des StatLa wurden gemeinsam von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stabsstelle KLR/Controlling und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jeder einzelnen Budgetkostenstelle in einem mehrstufigen Prozeß festgelegt. In der rückwärtigen Betrachtung stellt sich diese „Zeitinvestition“ als sehr sinnvoll heraus. Sowohl das Einbringen von Mitarbeiterwissen als auch die Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für „ihre Produkte“ führten zu einer äußerst geringen Fehlerquote bei den Zeitanweisungen auf die entsprechenden Kostenträger.

Grundlage für die gemeinsame Erarbeitung der Kostenträger war ein vorgegebener, bundesweit gültiger Katalog der amtlichen Statistiken (AKIS). Auf diese Basis hat sich die Amtsleiterkonferenz (ALK) der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes im November 1996 geeinigt. In diesen Bezugsrahmen konnte jede Budgetkostenstelle ihre spezifischen Kostenträger wiederfinden und einbringen. Neben den gesetzlich angeordneten Bundesstatistiken sind aber auch Landesaufgaben als Kostenträger aufgenommen, wie z. B. die „Modellrechnung Schlüsselzahlen“ aus dem Produktbereich Finanzen und Steuern. Die Numerik der Kostenträger des StatLa lehnt sich an die des AKIS an. Die einzelnen Kostenträger wurden anschließend zu Kostenträgergruppen und Kostenträgerbereichen zusammengefaßt. Die im StatLa implementierte Software zur Kosten- und Leistungsrechnung verwendet anstelle des Kostenträgerbegriffes durchgehend den Begriff „Produkte“. Der Auszug aus dem Produktplan auf der Seite 45 zeigt die Gliederung der Produktbereiche in Produktgruppen und Produkten.

Zu den auf der ALK festgelegten Grundlagen zählen auch Vereinbarungen zu Kostenarten, Tätigkeiten und Gemeinkosten. Durch die Benutzung dieser Gemeinsamkeiten wird in Zukunft ein Kostenvergleich zwischen den statistischen Landesämtern erleichtert.

Exkurs:

Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einführungsprozeß der Kosten- und Leistungsrechnung im StatLa

Neben der Frage nach dem Warum einer solchen Einbindung, wird im folgenden auf die Bedeutung der Informationseinbindung und der inhaltlichen Einbindung eingegangen.

Warum müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einführungsprozeß einer Kosten- und Leistungsrechnung eingebunden werden?

Um ein neues System wie das der Kosten- und Leistungsrechnung erfolgreich einzuführen, ist die Ak-

zeptanz derjenigen, die sich damit beschäftigen sollen, unerlässlich. Aus diesem Grunde muß möglichst früh versucht werden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Inhalte des Systems nahezubringen. Gelingt dies im positiven Sinne, so kann aus Akzeptanz sogar Identifikation, z. B. mit den Produkten, werden. Ein weiterer Aspekt ist auch die Nutzung des fachlichen Wissens, das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einführungsprozeß der Kosten- und Leistungsrechnung einbringen. Hier steht durchaus auch der Eigennutz derjenigen dahinter, die eine Kosten- und Leistungsrechnung einführen wollen.

Je intensiver das fachliche Wissen der Mitarbeiterschaft genutzt wird, um so besser werden am Ende auch die Ergebnisse sein. Letztlich bedingt der heute praktizierte kooperative Führungsstil, ganz im Sinne des Leitbildes der Landesregierung, eine starke Einbindung aller handelnden Personen bei ihrer Aufgabenerledigung.

Informationseinbindung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen möglichst zeitnah vor, während und nach der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung über den jeweiligen Sachstand informiert werden. Nur der permanente Informationsfluß garantiert die Durchschaubarkeit des Prozesses und damit auch die Akzeptanz durch die Beteiligten.

Im StatLa wird dieser Informationsfluß zum einen dadurch gewährleistet, daß von Anfang an alle Vertretungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie Personalrat, Schwerbehindertenvertretung und Gleichstellungsbeauftragte in die Projektgruppe KLR einbezogen wurden. Desweiteren erfolgte und erfolgt eine schriftliche Information über die amtsinterne Ausgabe des „Neues vom Personalrat (NvP)“, in der der Leiter der Projektgruppe KLR zu unterschiedlichen Themen der Kosten- und Leistungsrechnung sowie zum jeweiligen Entwicklungsstand berichtet. Nicht zuletzt werden die sehr intensiv durchgeführten Schulungen, z. B. zur Zeitanschreibung, von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Informationsquelle genutzt. Neben diesem Informationsangebot an alle steht die Stabsstelle KLR/Controlling direkt, also ohne Einschaltung der Linie, permanent jedem zur Verfügung, der zusätzliche Informationen zur Kosten- und Leistungsrechnung einholen will.

Als wichtige Kriterien für die Informationseinbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellte sich „der richtige Ton“ bei der Informationsübermittlung, inhaltlich überzeugende Argumente sowie die Möglichkeit der direkten Verbindung zur Stabsstelle heraus. Insgesamt galt die Regel: Lieber etwas zuviel Information, als zu wenig.

Inhaltliche Einbindung

Die inhaltliche Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war im StatLa hauptsächlich in zwei Bereichen von Bedeutung:

1. Ermittlung der Kostenträger sowie die
2. Personalkostenerfassung /Zeitschreibungen.

Erklärungsbedürftig bei der Personalkostenermittlung war der Umstand, daß in einem ersten Schritt nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachdezernate ihre Zeit für die Statistikproduktion anschreiben. Hier mußte auf die nächsten Schritte beim Ausbau der Kosten- und Leistungsrechnung hingewiesen werden, in denen, nach der Definition interner Produkte, auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anderen Dezernate (Servicekostenstellen) anschreiben müssen. Weitere Aussagen zur inhaltlichen Vorgehensweise sind im folgenden Kapitel 3.4 zu entnehmen.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß ohne eine intensive Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einführungsprozeß der Kosten- und Leistungsrechnung die gute Qualität der Ergebnisse nicht erreicht worden wäre.

3.4 Zeitschreibungen

Um durchgehende Kostentransparenz zu schaffen, mußte der größte Kostenblock im StatLa, die Personalkosten, detailliert erfaßt werden. Hierzu war es unerlässlich, Zeitschreibungen durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuführen, denn nur dadurch kann eine verursachungsgerechte Verteilung der Personalkosten auf die entsprechenden Kostenstellen und Kostenträger des Amtes ermittelt werden.

Das KLR-Umsetzungskonzept des Landes gibt bestimmte Rahmenbedingungen vor. Daraus folgt, daß nicht mit tatsächlich anfallenden Personalkosten (Ist-Kosten), sondern mit kalkulierten Personalverrechnungssätzen zu arbeiten ist. Außerdem wird nicht die tatsächliche Arbeitszeit jeder Mitarbeiterin und jedes Mitarbeiters, sondern eine „ausfallzeitenreduzierte“ Sollstundenzahl erfaßt.

Unter Berücksichtigung dieser Richtlinien gilt für Zeitschreibungen folgendes zu beachten:

- a) Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notieren ihre Arbeitszeit ausschließlich für Kostenträger, im allgemeinen sind dies die Statistiken. Eine weiter differenzierte Anschreibung für Tätigkeiten und Leistungen erfolgt noch nicht. Diese Entscheidung bedeutet, daß sich die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Zeiterfassung in der Einführungsphase in Grenzen hält. Erst nach Aus-

Dienstvereinbarung

über den Umgang und die Verwendung arbeitsplatz- und arbeitszeitbezogener Daten der Beschäftigten zur Durchführung einer Kosten- und Leistungsrechnung

Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein und der Personalrat des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, vertreten durch die Vorsitzende, vereinbaren nach § 57 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Personalräte (Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein MBG Sch.-H.) folgendes:

§ 1 Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung

Nach der Zielvereinbarung vom 1. Mai 1997 wird im Statistischen Landesamt mit Wirkung vom 1. Januar 1998 eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt. Die Beschäftigten sind verpflichtet, hierfür Zeitaufschreibungen vorzunehmen.

§ 2 Erfassung der Daten

Die für die Kosten- und Leistungsrechnung benötigten Daten werden von den Beschäftigten im Erfassungsblatt angeschrieben und direkt der für die Kosten- und Leistungsrechnung/Controlling zuständigen Stelle zugeleitet. Art und Umfang der zu erfassenden Daten sowie das Verfahren werden mit Beteiligung des Personalrates in einer Arbeitsanleitung, die Bestandteil der Dienstvereinbarung ist, festgelegt. Als Ordnungsmerkmal dient ausschließlich die einzutragende Personalnummer, die Namensangabe ist freiwillig.

§ 3 Aufbereitung der Daten

Die Aufbereitung erfolgt in der für die Kosten- und Leistungsrechnung/Controlling zuständigen Stelle. Ein Sicherungsverfahren gewährleistet, daß nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stelle auf die Daten zugreifen können.

§ 4 Verwendung der Daten

Die Kosten- und Leistungsrechnung dient nicht der individuellen Leistungs- und Verhaltenskontrolle, daher dürfen die Einzelangaben nicht als Grundlage für arbeits- oder dienstrechtliche Maßnahmen genutzt werden.

Sobald die Überprüfung der Daten auf ihre Vollständigkeit und Schlüssigkeit abgeschlossen ist, werden die Erhebungsbogen vernichtet und persönliche Identifikationsmerkmale aus dem Datenbestand gelöscht. Die Auswertungen sind so zu gestalten, daß aus ihnen keine Rückschlüsse auf individuelles Verhalten einzelner Beschäftigter gezogen werden können, ggf. sind Ergebnisse entsprechend zusammenzufassen.

§ 5 Kontrolle

Der Personalrat ist berechtigt, Kontrolle über die Verwendung und die Verarbeitung der Daten vorzunehmen.

§ 6 Schlußbestimmung

Diese Vereinbarung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft, sie ist gemäß § 57 MBG Sch.-H. kündbar.

Ich bitte Sie um Ihre tatkräftige Unterstützung. Sie werden dadurch maßgeblich zu einer erfolgreichen Durchführung der Kosten- und Leistungsrechnung beitragen.

Dr. Kirschner/Amtsleiter

1. Vorsitzende des Personalrates

beiter durchgeführt. Dies geschah kostenstellenweise unter Einbeziehung der für die jeweilige Budgetkostenstelle festgelegten Kostenträger und anhand eines auf der Seite 48 beispielhaft abgebildeten Erfassungsblattes. Es ist vorgesehen, etwa jedes Halbjahr neueingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachzuschulen. Im nachhinein läßt sich feststellen, daß die sehr intensive Schulung und die gemeinsame Festlegung der Kostenträger die relativ geringe Fehlerquote bei den Anschreibungen begründen. Ebenfalls positiv zu vermerken ist die frühzeitige und konstruktive Einbindung des Personalrates in den Anschreibungsprozeß. Dies hat sich letztlich auch in der sehr zügig und unstrittig abgeschlossenen Dienstvereinbarung zur Kosten- und Leistungsrechnung niedergeschlagen.

3.5 Dienstvereinbarung

Eine Anschreibung der Arbeitszeit durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des StatLa wurde bisher nicht durchgeführt. Die Notwendigkeit dieser Anschreibung für die am 01.01.1998 beginnende Kosten- und Leistungsrechnung bedingte formale Regelungen, die in der Dienstvereinbarung vom 14. Dezember 1997 durch die Amtsleitung und den örtlichen Personalrat begründet getroffen wurden.

Die „Dienstvereinbarung über den Umgang und die Verwendung arbeitsplatz- und arbeitszeitbezogener Daten der Beschäftigten zur Durchführung einer Kosten- und Leistungsrechnung“ legt die grundsätzlichen Rahmenbedingungen fest. Zusammen mit einer Arbeitsanleitung zur Zeitanschreibung, die Bestandteil der Dienstvereinbarung ist, gibt sie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine sichere Grundlage für die Erfassung und die weitere Behandlung der angeschriebenen Daten.

Bei der Erarbeitung der Dienstvereinbarung wurden vor allem die schon bestehenden Dienstvereinbarungen anderer statistischer Landesämter (z. B. Baden-Württemberg, Brandenburg), aber auch die im Lande selbst vorhandenen (z. B. Staatskanzlei) zu Rate gezogen.

Neben der Verpflichtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Zeitanschreibung enthält die Dienstvereinbarung mehrere datenschutzrechtliche Vereinbarungen. So ist gewährleistet, daß ausschließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der für die Kosten- und Leistungsrechnung zuständigen Stelle auf die abgegebenen Daten zugreifen dürfen. Desweiteren werden persönliche Identifikationsmerkmale nach Überprüfung der Daten auf ihre Vollständigkeit und Schlüssigkeit aus dem Datenbestand gelöscht.

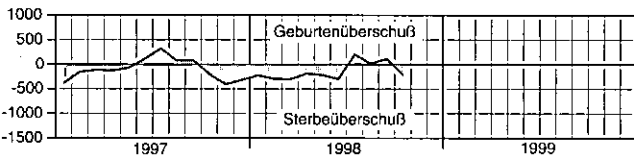
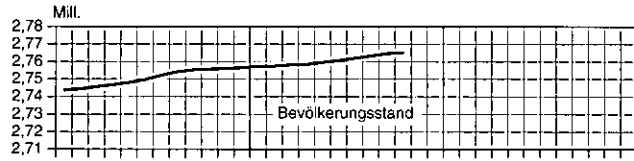
Neben dieser Dienstvereinbarung wurde im Januar 1998 eine Rahmendienstvereinbarung über die Einführung einer einheitlichen Kosten- und Leistungsrechnung zwischen dem Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und dem Hauptpersonalrat des Innenministeriums geschlossen.

Der hier im 1. Teil dieses Aufsatzes dargestellte Einführungsprozeß der Kosten und Leistungsrechnung im StatLa Schleswig-Holstein endet mit Ablauf des Jahres 1997. Die wichtigsten vorbereitenden Arbeiten waren zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen. Die Dauer der engeren Vorbereitung umfaßte damit den Zeitraum von der ersten konstituierenden Sitzung des Projektmanagements im Februar 1997 bis zum Abschluß der Dienstvereinbarung im Dezember 1997, also etwa 11 Monate. Nicht eingeschlossen in diesem Zeitaufwand ist der notwendige Testbetrieb der KLR-Software. Dieser mußte aufgrund der späten Installation im ersten Halbjahr 1998 durchgeführt werden, und zwar parallel zu den Arbeiten des anlaufenden Echtbetriebes.

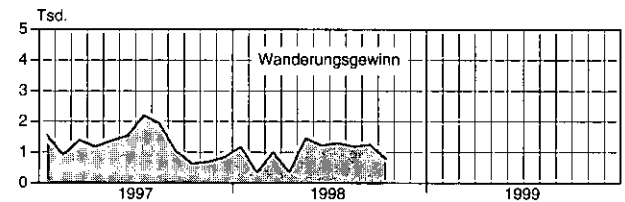
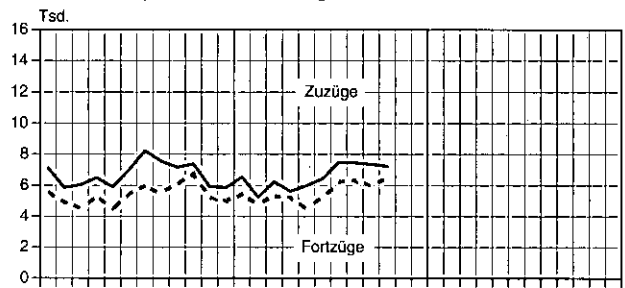
Dr. Johann Lawatscheck

109901 Stat.LA S-H

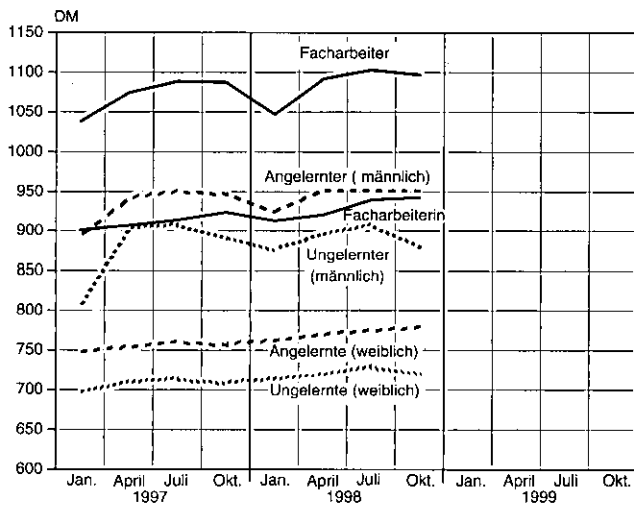
Bevölkerungsstand



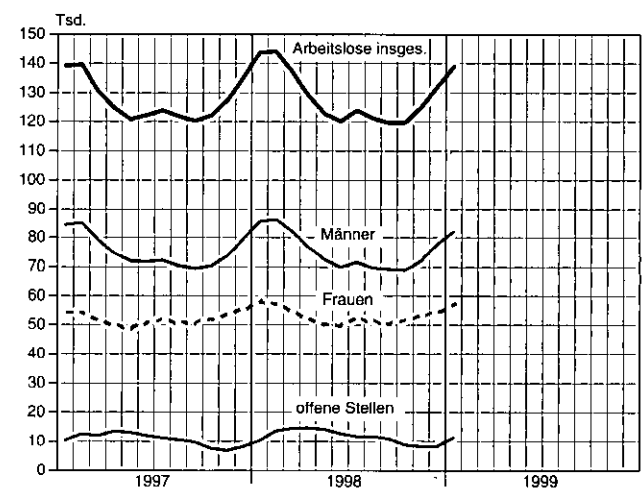
Bevölkerungsveränderung



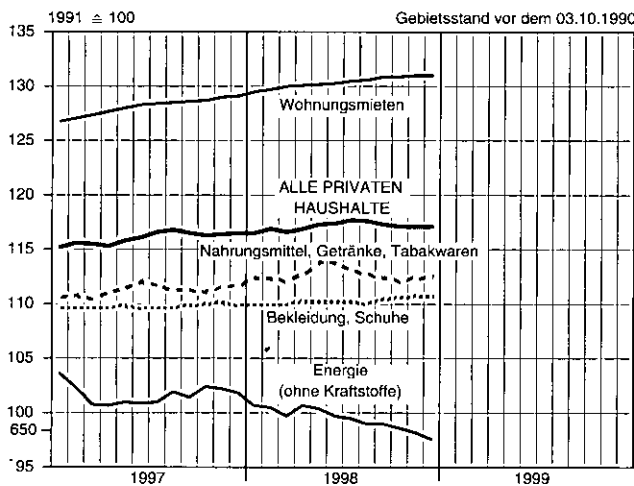
Bruttowochenverdienste



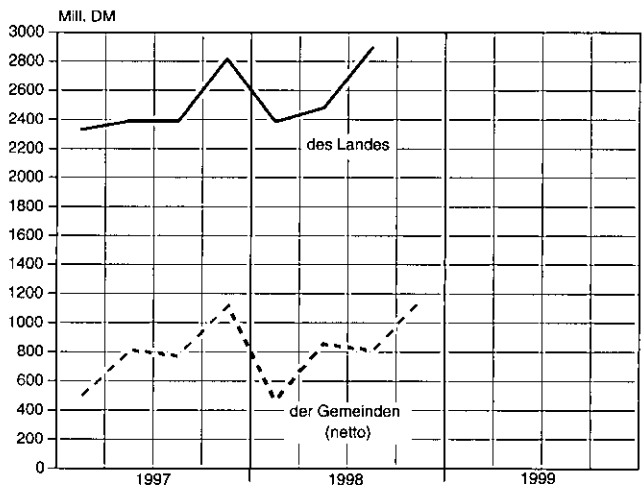
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

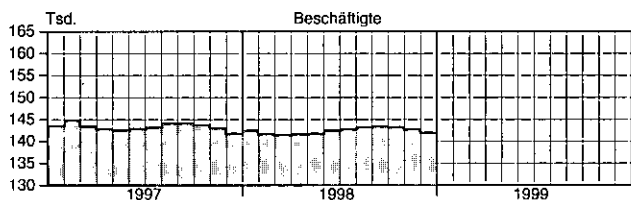
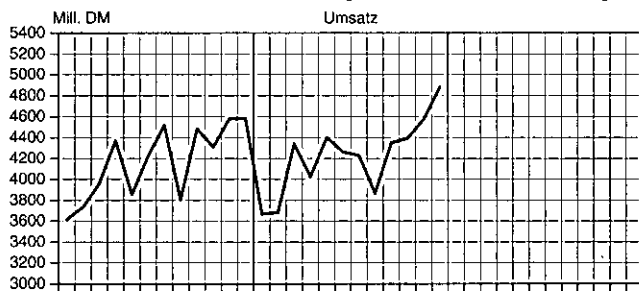


Steuereinnahmen

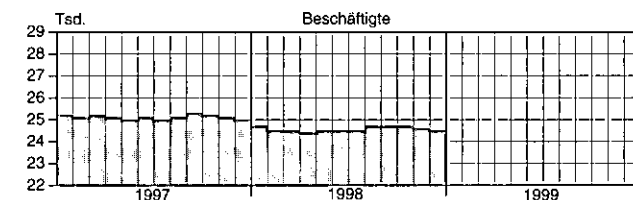
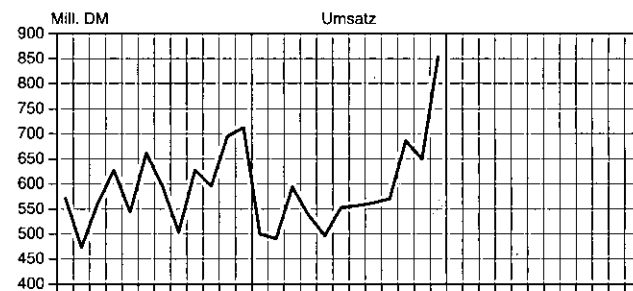


Verarbeitendes Gewerbe

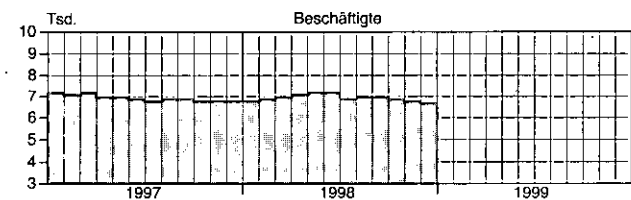
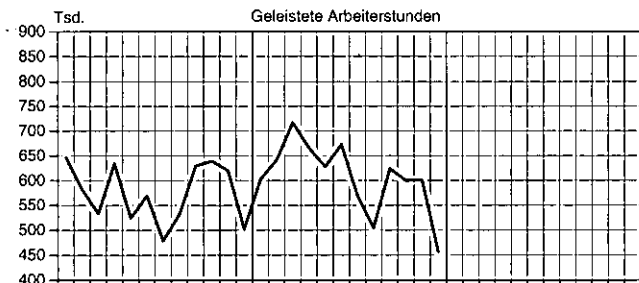
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



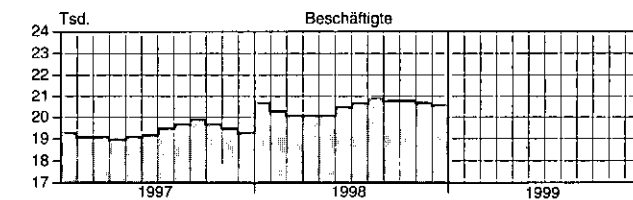
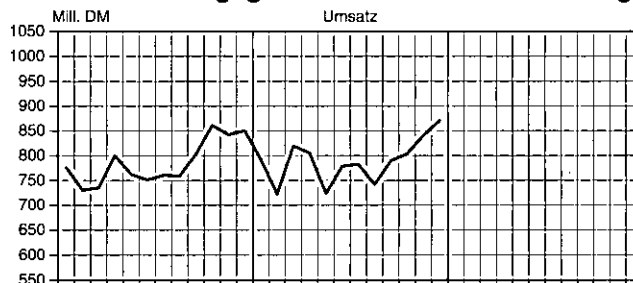
darunter Maschinenbau



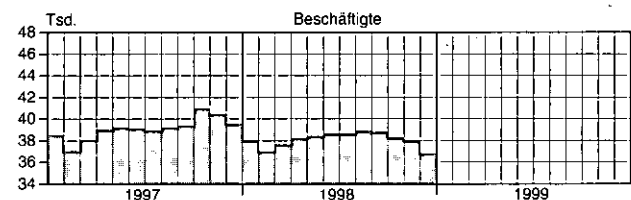
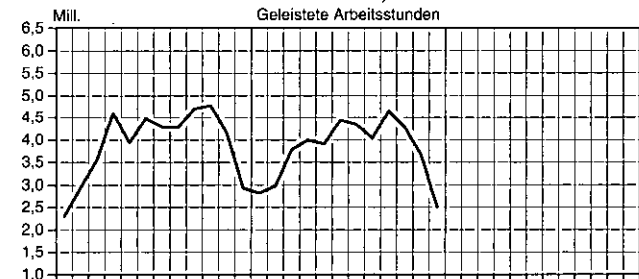
darunter Schiffbau



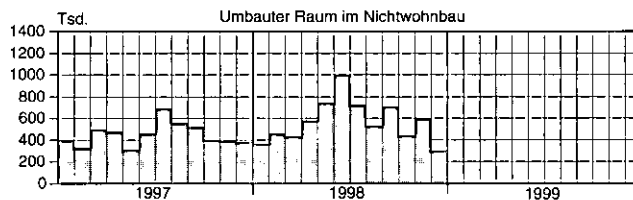
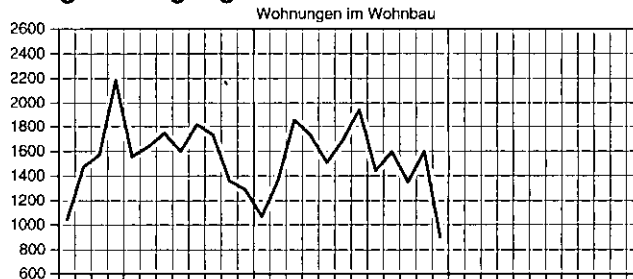
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung

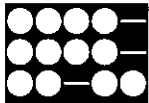


Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen</i>	<i>11</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>12</i>

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		Dezember 1998		Januar bis Dezember 1998	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	2 449	- 19,3	2 188	- 17,7
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	142	- 1,5	143	- 2,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	11	- 2,6	12	- 2,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	787	- 0,3	746	- 1,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 879	+ 5,9	4 223	+ 1,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 452	+ 13,2	2 966	+ 1,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 427	- 8,4	1 257	+ 1,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige			- 8,6		+ 5,2
aus dem Inland			- 3,5		+ 0,9
aus dem Ausland			- 15,0		+ 12,0
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	37	- 7,0	38	- 5,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	3	- 14,8	4	- 6,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	136	- 11,2	148	- 6,4
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	533	- 12,1	525	- 1,7
Auftragseingang ³	Mill. DM	214	- 13,4	270	- 7,5
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	899	- 30,3	1 505	- 5,0
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	299	- 21,5	570	+ 27,0
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	122,8	+ 0,4	106,6	+ 1,5
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	83,6	- 2,9	98,7	- 1,7
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	179	+ 3,2	341	+ 1,0
Übernachtungen	1 000	603	+ 3,3	1 707	- 1,4
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	132 281	- 2,3	128 381	+ 1,2
Offene Stellen	Anzahl	8 250	+ 1,0	11 666	+ 7,7
Kurzarbeiter	Anzahl	4 882	+ 5,1	4 490	- 29,7
Insolvenzen					
Anzahl		138	+ 62,4	91	+ 13,6

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1/E III 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1997	Jan 1998	Febr. 1998	März 1998	April 1998	Mai 1998	Juni 1998	Juli 1998	Aug. 1998	Sept. 1998	Okt. 1998	Nov. 1998	Dez. 1998
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	-2,6	-2,3	-2,7	-2,8	-2,4	-2,1	-1,8	-2,0	-2,2	-2,0	-1,8	-1,5	
	Bund	-3,2	-1,2	-1,1	-0,7	-0,5	-0,3	-0,1	+0,2	+0,4	+0,4	+0,7	...	
Geleistete Arbeiterstunden	Land	-4,2	-6,1	-2,6	+3,9	-6,1	-1,4	+0,0	+0,8	-5,2	-3,5	-4,4	-0,6	-2,6
	Bund	-3,1	-2,8	+0,3	+9,1	-4,6	+5,1	-1,6	-0,2	+2,5	-0,1	-0,7	+2,1	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-1,2	-3,0	+0,2	-0,9	-0,8	-5,2	+1,0	-2,9	-3,2	-3,4	-1,2	-0,3	-0,3
	Bund	-1,6	-0,6	+0,0	+1,0	+1,4	+1,5	+2,7	+1,9	+2,7	+2,6	+1,8	+2,0	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+5,6	+1,8	-1,0	+10,4	-7,5	+14,9	+1,3	-6,1	+0,9	-3,5	+1,3	-0,6	+5,9
	Bund	+5,1	+3,1	+5,5	+16,1	-2,3	+7,3	+0,8	+2,7	+3,0	+0,2	+1,5	+1,2	...
Inlandsatz	Land	+0,4	+0,4	-1,5	+10,5	-7,2	+6,9	+1,1	+0,1	-2,7	-2,9	-2,7	-0,1	+13,2
	Bund	+1,9	+0,8	+2,8	+13,1	-4,9	+4,6	-2,6	+0,4	+0,5	-1,7	+0,4	+0,5	...
Auslandsatz	Land	+20,2	+5,4	+0,4	+10,1	-8,1	+35,8	+1,6	-18,8	+10,4	-4,9	+11,8	-1,7	-8,4
	Bund	+12,9	+8,4	+11,3	+22,6	+3,5	+13,0	+7,8	+7,6	+8,8	+4,1	+3,9	+2,7	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+4,1	+13,8	+3,4	+19,5	+8,8	+12,8	+5,4	+23,4	-3,0	-5,9	-0,6	+1,6	-8,6
	Bund	+6,9	+6,9	+9,3	+18,5	-0,6	+9,2	+1,6	+4,0	+1,8	+1,1	-1,7	+0,8	...
aus dem Inland	Land	-2,8	+6,7	+5,9	+14,1	+0,2	+7,8	+13,1	+8,5	-5,8	-9,5	-18,8	+0,9	-3,5
	Bund	+2,0	+6,5	+8,2	+17,3	-1,0	+8,4	+0,6	+4,8	+4,8	+3,8	+0,4	+2,0	...
aus dem Ausland	Land	+17,4	+26,2	+0,5	+28,6	+22,8	+20,9	-5,2	+48,5	+2,4	+0,1	+34,5	+2,6	-15,0
	Bund	+14,6	+7,1	+10,7	+20,2	-0,1	+10,6	+3,2	+3,2	-2,5	-2,7	-4,7	-1,0	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	-3,5	—	-1,7	—	—	-1,0	—	—	+12,8	—	—	-4,7	—
	Bund	+0,1	—	-1,7	—	—	-3,8	—	—	-2,4	—	—	...	—
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	-5,8	-1,3	-0,1	-5,4	-6,2	-6,3	-5,1	-5,1	-5,2	-5,9	-6,6	-6,1	-7,0
	Bund	-6,9	-2,9	-3,1	-5,3	-6,9	-6,8	-6,2	-6,0	-5,8	-5,6	-5,1
Geleistete Arbeitsstunden	Land	-1,1	+22,9	+1,3	+0,6	-17,8	-6,1	-5,1	-4,0	-10,5	-6,2	-10,5	-11,5	-14,8
	Bund	-5,3	+15,6	-5,9	+1,5	-16,0	-3,1	-8,7	-6,0	-4,6	-6,9	-7,0
Lohn- und Gehaltssumme	Land	-4,9	-2,1	+1,1	-5,3	+0,9	-12,0	-4,0	-8,6	-5,9	-5,4	-11,7	-8,8	-11,2
	Bund	-6,5	-2,1	-2,4	-3,7	-3,4	-9,0	-4,3	-7,0	-5,5	-6,2	-7,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	-1,3	-4,5	+6,7	+26,2	+2,2	+8,2	-6,6	-8,4	-6,3	-4,5	-12,5	+0,2	-12,1
	Bund	-3,2	+5,3	-2,9	+17,9	-13,8	-7,9	-9,8	-4,6	-4,5	-5,4	-6,0
Auftragseingang ³	Land	+0,3	-7,1	-5,0	+9,3	+10,7	-25,2	-15,7	+5,5	-16,6	-9,1	-3,9	-9,3	-13,4
	Bund	-8,5	-7,7	-9,5	+5,7	-0,7	-2,0	-2,9	+5,4	-2,6	+5,2	-1,7
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+10,4	+2,7	-7,0	+18,1	-20,8	-3,0	+3,5	+11,3	-9,8	-12,2	-22,0	+17,6	-30,3
	Bund	-8,9	-20,1	-30,1	-9,5	-10,2	-4,1	+1,9	-14,0	-2,2	-10,8	-11,3
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	-6,2	-8,8	+39,1	-13,3	+21,1	+140,5	+117,7	+4,7	-5,4	+36,6	+11,1	+52,5	-21,5
	Bund	-6,4	-11,6	-14,0	-0,2	+9,2	+26,0	-0,4	+13,4	+42,9	+6,3	+9,2
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	(+2,9)	(+2,5)	(+4,9)	(+12,5)	-3,1	+0,5	+0,2	+2,4	-0,1	-0,9	r-1,8	r+2,6	+0,4
	Bund	-0,1	-1,2	r+0,4	r+9,1	-4,2	+2,1	r-2,0	r+2,5	r+2,4	r+1,1	r-1,0	r+5,5	...
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	(+3,2)	(+8,9)	(r+5,3)	(r-4,1)	r+2,5	r-3,3	r-1,4	r-4,3	r-2,6	r-4,0	r-4,5	r-2,6	-2,9
	Bund	r-1,2	r+1,4	+1,0	r-2,8	r-1,5	-0,8	-3,3	r-3,4	r-2,9	-4,3	r-2,8	r-2,8	...
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	+2,5	+6,6	+1,4	-16,0	+14,4	p-2,5	p+7,3	p+0,4	p-0,1	p-1,5	p-3,8	p+4,3	p+3,2
	Bund	+2,1	+1,2	+3,2	+5,7	+0,1	+6,8	+1,0	+3,4	p+5,4	+2,8	p+2,4	p+6,4	...
Übernachtungen	Land	-3,8	-6,4	-1,8	-27,2	+17,5	p-4,4	p+1,7	p-1,8	p-1,6	p-3,6	p-2,8	p+4,5	p+3,3
	Bund	-5,4	-4,7	+0,1	-4,8	+5,2	+2,2	+0,6	+0,9	p+2,7	+1,8	p+2,0	p+6,3	...
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+12,2	+3,4	+3,2	+5,0	+3,6	+1,6	-1,7	+0,0	-0,5	-0,6	-1,9	-1,8	-2,3
	Bund	+8,0	-0,4	-0,8	-1,1	-2,1	-1,4	-3,5	-5,0	-6,3	-8,0	-9,3	-8,7	-7,2
Offene Stellen	Land	-6,1	-2,1	+8,5	+4,2	+9,0	+8,6	+6,1	+4,6	+10,5	+11,7	+15,8	+20,3	+1,0
	Bund	+4,1	+11,8	+12,2	+14,7	+19,8	+34,2	+31,8	+31,2	+31,1	+29,0	+26,2	+20,0	+13,7
Kurzarbeiter	Land	+9,6	-38,5	-43,5	-34,0	-36,6	-47,5	-41,4	-22,8	-15,7	-1,3	+3,3	-5,6	+5,1
	Bund	-35,4	-52,9	-50,6	-44,3	-43,6	-35,0	-38,9	-35,0	-31,7	-30,4	-23,9	-14,0	-10,5
Insolvenzen														
Anzahl	Land	-0,4	-18,3	+38,8	+26,0	-22,7	+23,1	+7,5	-5,3	-8,4	+33,9	-16,3	+58,3	+62,4
	Bund	...	+9,9	+13,8	+0,8	+16,4	+7,4	+1,6	-17,6	+15,3	-2,4	-5,5	-10,7	-6,8

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

() = eingeschränkte Aussagefähigkeit

Jahreszahlen
Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			1 000		1 000				
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527
1997	2 750	6,5	10,5	11,0	- 1	15	1 230	38	319	335	538

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluss	Haupt- schul- abschluss	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ = 100
	1 000													
1993	138	11	48	61	10	9	36	32	23	99 649	+ 2,8	92 559	- 0,5	92
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	103 801	+ 4,2	94 200	+ 1,8	92
1995	150	11	50	61	12	10	36	31	23	106 833	+ 2,9	95 241	+ 1,1	91
1996	155	12	51	61	13	11	36	31	23	109 250	+ 2,3	96 540	+ 1,4	91
1997	160	12	53	62	14	112 456	+ 2,9	98 605	+ 2,1	91

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁶		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	...	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^a	421 ^a	1 269 ^a	...	318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	1 397	422	1 293	2 687	378	1 309	2 407	5 709	2 251	193	717
1997	1 336 ^a	402 ^a	1 308 ^a	...	433	1 268	2 347	5 697	2 586	193	796

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
1995	153	97	157	4 856	4 321	48 979	12 777	162	1 246	636	415	48
								1 000 t		Mill. kwh		
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 113	12 359	174	908	5 110	3 504	43
1997	143	89	142	4 638	4 359	49 737	14 861	172	831	5 383	3 412	41

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen

² ab 1994 vorläufige Ergebnisse

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93)

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
	1 000			Mill. DM				1 000			
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	22	1 230	14 003	7 383	821	12 254	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	...	14 685	8 113	884	12 808	3 959	309	21 597	654
1997	19	19	...	16 487	8 403	1 033	14 879	4 057	337	20 776	685

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopferfürsorge	
	insgesamt	Kraftfahrzeuge	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt			Empfänger in 1 000
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		
	1 000							Mill. DM					
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7	
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,0	122,4	
1995	1 644	78	1 393	72	15 592	268	20 652	26 765	2 238,1	873,5	112,3	121,9	
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 201,6	902,1	117,8	104,7	
1997	1 706	94	1 433	78	14 549	282	19 223	30 768	

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmittel
				insgesamt				Kreditmittel				
	Mill. DM											
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026
1997	3 223	1 430	28 991	5 318	4 184

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet (1991 = 100)					Löhne und Gehälter ¹²						
	Erzeugerpreise ⁹		für Wohngebäude ¹⁰	Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹⁰		Industriearbeiter ¹³		Angestellte in Industrie ¹³ und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte ¹⁰	landwirtschaftlicher Produkte ¹¹		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)
			Männer					Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte		
	DM											
1993	101,4	90,6	110,5	107,7	105,4	930	665	5 071	3 533	5 724	4 411	3 294
1994	102,0	91,7	112,8	110,6	107,1	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	103,7	91,6	115,4	112,5	108,6	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	103,1	91,1	115,3	114,1	109,6	1 022 ^a	734 ^a	5 419 ^a	3 870 ^a	6 254 ^a	4 769	3 594
1997	104,2	p 92,6	114,8	116,1	111,2	1 024 ^a	746 ^a	5 514 ^a	3 962 ^a	6 240 ^a	4 628	3 438

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ ohne Postspar-einlagen

⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹⁰ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

¹¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet

¹² Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹³ einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹⁴ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind (ab 1997 ohne Kindergeld), ohne Stellenzulage

^a Mit der Zuordnung der Betriebsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	...	p 2 750	2 756	2 756	2 756	2 765
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	...	p 1 486	p 1 397	p 808	p 1 588	p 1 829
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 6,5	p 6,0	p 3,6	p 6,8	p 8,1
* Lebendgeborene	Anzahl	...	p 2 423	p 2 332	p 2 092	p 2 486	p 2 486
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 10,6	p 10,0	p 9,2	p 10,6	p 10,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	...	p 2 523	p 2 538	p 2 507	p 2 813	p 2 366
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p 11,0	p 10,8	p 11,1	p 12,0	p 10,4
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	...	p 12	p 8	p 13	p 8	p 13
	je 1 000 Lebendgeborene	...	p 5,0	p 3,4	p 6,2	p 3,2	p 5,2
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	...	p - 100	p - 206	p - 415	p - 327	p + 120
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	...	p - 0,4	p - 0,9	p - 1,8	p - 1,4	p + 0,5
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 921	6 704	7 372	5 932	5 847	7 353	7 242
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 677	1 489	1 594	1 210	1 109	1 702	1 553
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 306	5 423	6 733	5 231	5 003	6 098	6 452
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 110	1 168	1 451	1 291	1 029	1 424	1 307
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 615	+ 1 281	+ 639	+ 701	+ 844	+ 1 255	+ 790
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	10 945	11 316	12 234	11 274	12 210	11 874	12 310
* Wanderungsfälle	Anzahl	23 172	23 443	26 339	22 437	23 060	25 325	26 004
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	113	127	122	127	135	120	120	125	132
* darunter Männer	1 000	66	75	70	74	80	69	69	72	78
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	5,8	6,4	3,4	4,4	4,6	3,0	3,5	4,1	4,9
* darunter Männer	1 000	5,0	5,1	2,3	3,3	3,3	2,4	2,8	3,5	4,1
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	11,5	10,8	7,6	6,9	8,2	10,9	8,8	8,3	8,3
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 397 ^a	1 336 ^a	.	.	1 336	.	.	1 342	.
* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	422 ^a	402 ^a	.	.	402	.	.	395	.
* Schweine	1 000	1 293 ^a	1 308 ^a	.	.	1 308	.	.	1 348	.
* darunter Zuchtsauen	1 000	119 ^a	124 ^a	.	.	124	.	.	122	.
* darunter trächtig	1 000	83 ^a	89 ^a	.	.	89	.	.	85	.
Schlachtungen										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	49	42	30	38	41	41	31
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000 St.	109	106	118	114	103	124	135	138	121
* darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
* (ohne Geflügel)	1 000 t	19,8	20,7	25,9	23,1	18,5	23,3	24,9	25,0	20,8
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,6	10,8	14,7	12,3	9,0	11,7	12,3	12,2	9,6
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	9,9	9,6	10,8	10,3	9,2	11,3	12,2	12,4	10,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
* Rinder (ohne Kälber)	kg	307	302	302	297	298	311	306	306	308
* Kälber	kg	136	136	136	136	133	137	138	137	135
* Schweine	kg	91	91	92	92	91	91	91	91	91
Geflügel										
* Konsumier ³	1 000	29 010	29 607	26 909	28 075	31 473	28 701	30 204	28 791	25 850
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	61	61
Milcherzeugung										
* Milcherzeugung	1 000 t	200	196	190	184	199	188	191	184	195
* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	96	96	96	96	96	96	96
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	15,6	14,9	14,9	15,6	15,6	15,3	15,3	15,7

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
• Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	147	146	146	146	144	144	143	143	142
• darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	92	91	91	91	90	89	89	89	87
• Geleistete Arbeiterstunden	1 000	12 320	12 063	12 870	12 297	11 418	12 157	12 305	12 228	11 116
• Lohnsumme	Mill. DM	397,2	392,1	385,1	489,2	398,2	363,9	377,8	480,5	396,2
• Gehaltssumme	Mill. DM	361,8	366,1	347,3	468,1	390,7	336,6	345,5	473,9	390,6
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 926	4 171	4 335	4 601	4 607	4 352	4 392	4 573	4 879
• Inlandsumsatz	Mill. DM	2 896	2 931	3 139	3 186	3 048	3 074	3 054	3 182	3 452
• Auslandsumsatz	Mill. DM	1 030	1 239	1 196	1 414	1 559	1 278	1 338	1 390	1 427
• Kohleverbrauch	1 000 t	15	14							
• Gasverbrauch	Mill. kWh	426	449							
• Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh									
• Erd- und Erdölgas	Mill. kWh									
• Heizölverbrauch	1 000 t	76	70							
• leichtes Heizöl	1 000 t	7	5							
• schweres Heizöl	1 000 t	68	64							
• Stromverbrauch	Mill. kWh	326	324	343	339	316	327	338	334	307
• Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	39	45	50	48	33	41	50	44
Öffentliche Energieversorgung										
• Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 423	2 659	2 276	2 898		2 015	2 350	2 176	2 449
• Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 041	1 081	1 121	1 152		1 047	1 155	1 195	1 247
• Gaserzeugung (netto)	1 000 m ³	...								
Handwerk (Meßzahlen)³										
• Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1994 ≙ 100	90,0	90,0	-	-	...	88,7	-	-	...
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1994 ≙ 100	93,3	93,4	-	-	...	92,5	-	-	...
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
• Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	42 566	40 115	40 930	40 411	39 496	38 738	38 244	37 955	36 744
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 093	4 048	4 776	4 146	2 942	4 648	4 275	3 671	2 507
• darunter für										
• Wohnungsbauten	1 000	2 006	2 059	2 354	2 023	1 470	2 400	2 206	1 866	1 321
• gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	942	876	1 022	930	676	946	879	819	582
• Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 098	1 065	1 337	1 144	758	1 255	1 119	948	566
• Lohnsumme	Mill. DM	133,5	126,2	135,3	162,1	121,4	124,9	118,4	145,9	104,2
• Gehaltssumme	Mill. DM	33,3	32,4	33,1	44,1	32,1	29,5	30,4	42,1	32,2
• Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	541,5	534,4	666,2	595,2	606,4	637,0	582,8	596,2	532,8
• Auftragseingang ⁷	Mill. DM	291,5	292,3	293,7	235,1	247,3	357,9	282,2	213,2	214,2
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
• Beschäftigte ⁸	Anzahl	12 296	12 693	-	-	12 570	12 242	-	-	...
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 357	1 477	-	-	5 131	4 139	-	-	...
• Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	48,1	49,4	-	-	160,3	140,9	-	-	...
• Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	145,0	142,3	-	-	527,8	430,8	-	-	...

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1997 einschließlich ca. 90 neu in der Handwerkszählung gefundener Betriebe.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

¹⁰ Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	729	842	965	674	604	1 041	870	777	663
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	561	682	787	533	480	917	759	638	577
2 Wohnungen	Anzahl	92	86	96	77	71	71	48	68	59
Rauminhalt	1 000 m³	694	761	862	639	580	832	712	754	486
Wohnfläche	1 000 m²	132	148	164	124	113	161	133	148	94
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	105	103	115	89	92	142	102	111	73
Rauminhalt	1 000 m³	479	449	396	385	381	706	440	587	299
Nutzfläche	1 000 m²	79	76	71	62	75	107	73	103	47
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 641	1 757	1 893	1 514	1 532	1 733	1 509	1 747	1 089
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 223,8	1 373,9	1 579,4	1 369,3	1 819,9	1 410,0	1 568,6
davon										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	156,5	134,0	146,7	103,9	136,6	103,9	117,1
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 067,3	1 239,9	1 432,7	1 229,0	1 683,3	1 306,1	1 451,5
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	25,0	27,7	24,1	38,9	27,1	24,1	17,7
Halbwaren	Mill. DM	68,4	76,5	68,3	77,0	86,0	68,3	68,0
Fertigwaren	Mill. DM	973,9	1 135,7	1 322,3	1 113,1	1 570,2	1 213,7	1 365,7
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	150,3	181,5	137,2	177,6	179,7	137,2	162,8
Enderzeugnisse	Mill. DM	823,5	954,1	1 119,2	935,5	1 390,5	1 076,5	1 202,9
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EU-Länder	Mill. DM	676,1	700,3	706,0	695,2	991,0	706,0	978,8
darunter Niederlande	Mill. DM	98,5	102,7	80,7	102,2	111,9	80,7	114,2
Frankreich	Mill. DM	90,1	91,6	94,3	95,7	103,6	94,3	130,7
Italien	Mill. DM	87,9	91,9	112,8	85,2	123,4	112,8	112,5
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,7	96,7	105,2	95,5	95,1	105,2	110,2
Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	102,0	105,0	109,0	106,4	122,3	101,4	107,0	109,2	122,8
Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	97,4	100,5	99,7	77,7	86,1	109,8	95,2	75,7	83,6
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
Ankünfte	1 000	330	338	382	202	173	p 559	p 429	p 211	p 179
darunter von Auslandsgästen	1 000	26	28	31	25	21	p 41	p 33	p 26	p 22
Übernachtungen	1 000	1 800	1 731	1 766	689	584	p 3 653	p 2 249	p 720	p 603
darunter von Auslandsgästen	1 000	55	57	64	52	41	p 78	p 61	p 51	p 43
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 989	1 919	1 856	1 820	1 589	1 883	...	1 890	...
Güterversand	1 000 t	1 221	1 140	1 112	1 093	989	1 052	...	1 150	...
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	151	156	151	168	157	151	151	167	...
Güterversand	1 000 t	185	169	155	196	184	185	169	233	...
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	10 860	11 131	11 078	9 053	9 322	9 773	10 443	10 543	...
darunter Krafträder	Anzahl	745	863	300	180	165	458	239	131	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	9 289	9 350	9 858	8 106	8 164	8 358	9 244	9 346	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	568	636	714	577	821	702	694	815	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 192	1 212	1 256	1 088	989	r 1 213	p 1 344	p 1 053	p 1 114
Getötete Personen	Anzahl	22	24	30	23	25	14	p 18	p 14	p 27
Verletzte Personen	Anzahl	1 567	1 602	1 704	1 399	1 322	r 1 616	p 1 823	p 1 379	p 1 468

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1996	1997	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	80	80	80	72	85	75	67	114	138
* Unternehmen	Anzahl	66	65	60	59	71	61	51	77	105
* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	14	15	20	13	14	14	16	37	33
* Beantragte Konkurse	Anzahl	80	80	80	72	85	75	67	114	138
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	55	52	54	46	51	52	37	88	84
Kredite und Einlagen¹										
		4-Monats-durchschnitt³								
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	134 485	144 326	-	-	-	156 534	-	-	...
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	131 358	140 341	-	-	-	150 976	-	-	...
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 099	16 781	-	-	-	18 529	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 505	16 480	-	-	-	17 736	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	594	301	-	-	-	793	-	-	...
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 889	7 600	-	-	-	7 383	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 186	6 511	-	-	-	6 809	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 702	1 089	-	-	-	574	-	-	...
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	107 371	115 960	-	-	-	125 064	-	-	...
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	80 446	87 690	-	-	-	95 092	-	-	...
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	26 926	28 270	-	-	-	29 972	-	-	...
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	88 381	93 609	-	-	-	97 867	-	-	...
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	58 899	61 877	-	-	-	66 254	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	52 919	55 902	-	-	-	60 573	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 980	5 975	-	-	-	5 681	-	-	...
Spareinlagen	Mill. DM	28 466	30 238	-	-	-	30 588	-	-	...
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 038	29 780	-	-	-	30 082	-	-	...
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	429	458	-	-	-	506	-	-	...
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart										
		Wierteljahres-durchschnitt			4. Vj. 97	3. Vj. 98	4. Vj. 98			
Gemeinschaftsteuern ⁴	Mill. DM	3 991	4 011	-	-	4 706	4 409	-	-	...
Lohnsteuer	Mill. DM	1 955	1 934	-	-	2 365	2 009	-	-	...
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	201	194	-	-	306	200	-	-	...
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	70	93	-	-	91	175	-	-	...
Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	52	47	-	-	42	36	-	-	...
Körperschaftsteuer	Mill. DM	255	291	-	-	302	313	-	-	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 382	1 373	-	-	1 445	1 572	-	-	...
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	76	79	-	-	157	104	-	-	...
Landessteuern	Mill. DM	312	295	-	-	312	496	-	-	...
Vermögensteuer	Mill. DM	64	20	-	-	23	4	-	-	...
Grundwerbsteuer	Mill. DM	58	90	-	-	96	125	-	-	...
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	125	127	-	-	131	125	-	-	...
Gemeindesteuern	Mill. DM	451	498	-	-	522	547	-	-	...
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	-	8	9	-	-	...
Grundsteuer B	Mill. DM	107	112	-	-	105	139	-	-	...
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	316	358	-	-	391	381	-	-	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern ⁴	Mill. DM	1 818	1 830	-	-	2 117	2 028	-	-	...
Lohnsteuer	Mill. DM	831	822	-	-	1 005	854	-	-	...
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	86	82	-	-	130	85	-	-	...
Körperschaftsteuer	Mill. DM	128	145	-	-	151	157	-	-	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	698	693	-	-	730	805	-	-	...
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	19	19	-	-	38	24	-	-	...
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	192	190	-	-	226	142	-	-	...
Bundesanteil und Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2 010	2 020	-	-	2 343	2 170	-	-	...
Steuereinnahmen des Landes ⁵	Mill. DM	2 495	2 481	-	-	2 817	2 896	-	-	...
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 070	2 101	-	-	2 394	2 185	-	-	...
Lohnsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	936	913	-	-	1 048	949	-	-	...
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	81	78	-	-	129	64	-	-	...
Körperschaftsteuer (einschl. Zerlegung)	Mill. DM	115	145	-	-	172	113	-	-	...
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	801	823	-	-	852	898	-	-	...
Gewerbsteuerumlage	Mill. DM	58	60	-	-	119	80	-	-	...
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	847	885	-	-	914	916	-	-	...
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶	Mill. DM	773	806	-	-	230	275	-	-	...
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	371	361	-	-	731	335	-	-	...

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassennämter. Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember ⁴ ohne Einfuhrumsatzsteuer

⁵ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁶ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1996	1997	1997			1998			
	Monatsdurchschnitt		September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ²	97,8	100,9	101,5	101,2	101,0	96,4	95,7	95,3	...
Ausfuhrpreise ²	103,5	105,1	105,6	105,6	105,6	104,9	104,6	104,5	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ²	98,8	100,7	101,1	100,8	100,5	97,3	96,4	96,0	...
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ²	103,5	104,7	105,0	105,0	104,9	104,1	103,7	103,3	...
landwirtschaftlicher Produkte ²	91,1	92,5	92,4	93,2	93,0	85,8	84,2	83,4	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1995 = 100	99,8	99,1		98,7				98,6	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	105,6	107,5	106,3	106,6	107,0	101,0	100,4	100,1	...
Einzelhandelspreise	107,6	108,2	108,3	108,3	108,3	108,7	108,6	108,8	108,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹	114,1	116,1	116,3	116,4	116,5	117,3	117,1	117,1	117,1
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	109,5	111,2	111,1	111,4	111,7	112,4	112,1	112,3	112,4
Bekleidung, Schuhe ¹	109,3	109,8	110,0	110,1	110,0	110,4	110,5	110,7	110,7
Wohnungsmieten ¹	124,8	128,1	128,7	129,0	129,1	130,9	130,9	131,0	131,0
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	99,6	101,7	102,4	102,2	101,8	99,0	98,6	98,2	97,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung ¹	110,9	111,6	111,7	111,9	111,9	112,8	112,8	112,9	112,9
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 022	1 024	1 032	.	.	.	1 036	.	.
darunter Facharbeiter	1 075	1 078	1 088	.	.	.	1 097	.	.
weibliche Arbeiter	734	746	748	.	.	.	762	.	.
darunter Hilfsarbeiter	698	708	709	.	.	.	721	.	.
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,71	26,84	26,92	.	.	.	27,34	.	.
darunter Facharbeiter	28,27	28,45	28,59	.	.	.	29,04	.	.
weibliche Arbeiter	19,59	19,99	20,01	.	.	.	20,41	.	.
darunter Hilfsarbeiter	18,49	18,84	18,88	.	.	.	19,11	.	.
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,1	38,0	38,3	.	.	.	37,90	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,4	37,3	37,4	.	.	.	37,30	.	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 434	6 567	6 580	.	.	.	6 719	.	.
weiblich	4 495	4 624	4 624	.	.	.	4 802	.	.
technische Angestellte									
männlich	6 575	6 579	6 601	.	.	.	6 759	.	.
weiblich	4 520	4 573	4 591	.	.	.	4 730	.	.
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 076	5 157	5 205	.	.	.	5 287	.	.
weiblich	3 689	3 774	3 794	.	.	.	3 872	.	.
technische Angestellte									
männlich	4 810	4 773	4 785	.	.	.	4 890	.	.
weiblich	3 354	3 240	3 240	.	.	.	3 245	.	.
Produzierendes Gewerbe⁴, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 419	5 514	5 553	.	.	.	5 657	.	.
weiblich	3 870	3 962	3 979	.	.	.	4 085	.	.
technische Angestellte									
männlich	6 254	6 240	6 271	.	.	.	6 433	.	.
weiblich	4 413	4 466	4 497	.	.	.	4 623	.	.

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.09.1998			Bevölkerungsveränderung im September 1998			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1998 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹						
		%							
FLENSBURG	85 107	- 0,0	- 1,0	+ 10	- 38	- 28	32	-	43
KIEL	238 569	+ 0,2	- 1,1	- 12	+ 549	+ 537	95	-	110
LÜBECK	214 592	- 0,0	- 0,4	- 16	+ 4	- 12	72	1	84
NEUMÜNSTER	80 914	-	0,8	+ 33	- 33	-	30	1	35
Dithmarschen	136 201	+ 0,0	+ 0,4	+ 10	+ 9	+ 19	68	2	88
Herzogtum Lauenburg	175 463	+ 0,1	+ 1,0	+ 33	+ 213	+ 246	76	3	105
Nordfriesland	163 074	+ 0,0	+ 0,6	+ 8	+ 10	+ 18	69	3	100
Ostholstein	200 180	- 0,1	+ 0,4	- 61	- 116	- 177	70	4	89
Pinneberg	287 908	+ 0,1	+ 0,7	+ 23	+ 232	+ 255	117	2	159
Plön	130 468	- 0,0	+ 1,1	+ 19	- 33	- 14	38	2	47
Rendsburg-Eckernförde	265 021	+ 0,0	+ 0,8	+ 15	+ 40	+ 55	125	2	156
Schleswig-Flensburg	194 159	+ 0,1	+ 0,9	+ 42	+ 78	+ 120	73	3	104
Segeberg	243 793	+ 0,1	+ 0,9	+ 7	+ 203	- 210	102	2	145
Steinburg	135 216	+ 0,0	+ 0,3	- 8	+ 10	+ 2	49	-	72
Stormarn	213 977	+ 0,1	+ 0,5	+ 17	+ 127	+ 144	98	2	131
Schleswig-Holstein	2 764 642	+ 0,0	+ 0,3	+ 120	+ 1 255	+ 1 375	1 114	27	1 468

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1998		
	Betriebe am 31.12.1998	Beschäftigte am 31.12.1998	Umsatz ⁴ im Dez. 1998 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	51	8 957	639	44 648	38 784	456
KIEL	104	14 874	569	121 641	104 748	440
LÜBECK	113	14 553	584	109 598	94 841	442
NEUMÜNSTER	67	6 764	145	47 313	40 279	498
Dithmarschen	66	6 781	320	90 866	71 685	526
Herzogtum Lauenburg	96	8 002	171	113 210	95 635	546
Nordfriesland	58	3 147	115	110 484	88 403	542
Ostholstein	84	5 457	142	126 644	105 982	529
Pinneberg	181	16 677	472	177 425	150 404	523
Plön	40	2 398	43	80 729	66 747	512
Rendsburg-Eckernförde	106	7 421	214	173 638	142 467	538
Schleswig-Flensburg	78	4 146	118	129 772	104 043	536
Segeberg	188	15 814	508	169 971	142 158	584
Steinburg	76	7 622	238	88 128	71 220	527
Stormarn	174	19 458	600	144 718	123 947	580
Schleswig-Holstein	1 482	142 071	4 879	1 728 785	1 441 343	522

¹ nach dem Gebietsstand vom 31.07.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 31. August 1998

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.03.1998		Arbeitslose Ende Dezember 1998			Kurzarbeiter Mitte Dezember 1998	offene Stellen Ende Dezember 1998	Be- schäftigte am 31.10.1998	Umsatz ³ im Oktober 1998	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 397,3	+ 0,2	341,7	- 9,6	7,7	12,5	54,5	1 254	37 533	37
Bayern	12 058,2	+ 0,1	421,4	- 7,1	8,2	12,9	57,0	1 202	36 834	36
Berlin	3 419,4	- 1,0	268,1	- 3,0	17,6	2,6	8,1	121	4 873	19
Brandenburg	2 577,5	+ 0,7	209,0	- 10,6	17,7	5,0	7,6	94	2 496	13
Bremen	672,6	- 0,7	45,4	- 4,5	16,3	1,9	3,1	67	2 651	44
Hamburg	1 702,7	- 0,3	87,5	- 8,5	12,2	1,4	5,9	103	7 637	17
Hessen	6 029,9	+ 0,0	248,1	- 6,3	9,8	5,5	22,4	471	13 516	32
Mecklenburg-Vorpommern	1 805,4	- 0,6	167,0	- 8,6	19,9	3,4	6,1	46	1 042	11
Niedersachsen	7 845,5	+ 0,3	400,4	- 5,9	12,3	8,1	32,4	565	21 274	36
Nordrhein-Westfalen	17 969,7	+ 0,1	846,7	- 4,4	11,5	27,3	76,1	1 520	45 498	32
Rheinland-Pfalz	4 017,2	+ 0,3	157,9	- 5,3	9,8	3,5	21,2	314	9 755	39
Saarland	1 078,7	- 0,4	51,5	- 8,3	12,2	1,8	4,0	108	2 796	35
Sachsen	4 513,9	- 0,6	370,1	- 8,2	18,2	6,7	16,3	215	4 697	23
Sachsen-Anhalt	2 695,8	- 0,9	265,0	- 7,0	21,1	4,3	10,5	105	2 535	13
Schleswig-Holstein	2 758,2	+ 0,5	132,3	- 2,3	11,5	4,9	8,3	143	4 392	31
Thüringen	2 473,8	- 0,5	185,2	- 20,2	16,2	5,2	12,0	121	2 943	20
Bundesrepublik Deutschland	82 015,8	- 0,0	4 197,3	- 7,2	12,0	107,1	345,4	6 448	200 472	33
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 665,8	+ 0,1	2 884,8	- 5,9	10,4	81,2	290,0	5 848	186 354	34
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 350,1	- 0,4	1 312,5	- 9,9	18,6	25,9	55,5	600	14 118	18

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im September 1998		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Oktober 1998				
	Beschäftigte am 31.08.1998	Baugewerblicher Umsatz ³ im August 1998			Zahl der genehmigten Wohnungen im August 1998	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte	
		1 000	Mill. DM	Ver- änderung ¹				Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	je 100 Unfälle
			%	%	%						
Baden-Württemberg	117	1 675	- 5,4	5 296	1 310 166	3 919 064	+ 5,5	3 511	- 1,1	4 797	137
Bayern	186	2 774	- 0,3	6 927	2 227 029	7 683 376	+ 3,4	5 200	- 2,3	7 304	140
Berlin	39	690	- 20,6	1 617	355 982	845 944	- 5,8	1 408	- 1,8	1 717	122
Brandenburg	60	823	- 16,6	2 475	274 273	760 768	+ 3,2	1 270	- 7,0	1 658	131
Bremen	7	119	- 6,1	182	60 712	118 362	+ 6,9	331	- 2,6	434	131
Hamburg	15	316	- 8,1	444	238 546	440 354	+ 0,5	839	+ 1,1	1 086	129
Hessen	63	972	- 10,2	2 604	936 162	2 415 437	+ 3,0	2 410	- 1,0	3 361	139
Mecklenburg-Vorpommern	40	539	- 18,0	1 246	362 613	1 486 274	+ 14,1	947	+ 5,0	1 270	134
Niedersachsen	104	1 589	- 2,0	4 263	952 541	3 548 549	- 2,2	3 582	- 4,8	4 929	138
Nordrhein-Westfalen	178	2 870	- 1,2	7 441	1 375 046	3 530 797	+ 3,7	6 320	- 8,6	8 222	130
Rheinland-Pfalz	46	702	- 2,9	1 853	695 689	2 004 221	+ 2,5	1 520	- 6,6	2 053	135
Saarland	12	176	- 10,0	220	59 652	197 466	+ 13,4	419	- 9,1	576	137
Sachsen	106	1 419	- 15,8	2 261	460 968	1 272 383	+ 0,2	1 698	- 8,3	2 233	132
Sachsen-Anhalt	69	858	- 15,1	1 849	218 632	524 051	+ 4,8	1 277	- 7,4	1 679	131
Schleswig-Holstein	38	522	- 10,3	1 571	425 451	2 225 262	- 4,6	1 344	+ 7,0	1 841	137
Thüringen	53	678	- 16,5	1 301	269 590	762 100	+ 4,1	1 032	- 4,3	1 434	139
Bundesrepublik Deutschland	1 132	16 722	- 7,9	41 550	10 223 052	31 734 408	+ 2,4	33 939	- 1,6	45 678	135
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	792	12 184	- 4,6	31 216	8 521 428	26 662 472	+ 1,8	27 177	- 1,0	36 753	135
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	340	4 538	- 15,7	10 334	1 701 624	5 071 936	+ 5,7	6 762	- 4,2	8 925	132

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht